

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Regierungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7078.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 13. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

Die französischen Wahlen.

Als am Abend des ersten Wahlganges am 27. April das Ergebnis der Pariser Wahlen bekannt wurde, brach die nationallistische Presse in ungestümen Jubel aus: Paris ist unser, bald wird ganz Frankreich unser sein. Das Wahlergebnis aus den Provinzen stimmte den vorzeitigen Jubel tief herab und das Ergebnis der gestrigen Stichwahlen verwandelt ihn in tiefste Betrübniß. In Paris und im Seine-Departement hat die Stichwahl den nationallistischen Erfolg zum guten Teil aufgehoben, im übrigen Frankreich hat die Stichwahl den Sieg der republikanischen Regierungsparteien vollendet und zwar in einem Maße, das selbst lächne Erwartungen übertrifft. Der Nationalismus und der Merkantilismus haben die Wahlschlacht verloren und ihre außerordentlichen Aufwendungen an Geldmitteln und Wahlschwindel allerlei Art waren vergeblich. Die Politik, die das Kabinett Waldeck-Rousseau geführt hat, hat die Billigung der großen Majorität des französischen Volkes gefunden.

Wir verzeichnen zunächst die wichtigsten Wahlergebnisse, wobei allerdings mit Berichtigungen gerechnet werden muß, da die Stellung der einzelnen Kandidaten häufig nicht mit Sicherheit angegeben werden kann.

Nach einer Pariser Meldung des „N. B.“ ist das Gesamtergebnis der Stichwahlen folgendes:

Gewählt wurden 33 Konservative, 17 Nationalisten, 16 antiministerielle Republikaner, 29 Republikaner, 42 Radikale, 40 sociallistische Radikale, 21 Socialisten und 4 Guesdisten. — Die Konservativen gewinnen 2 und verlieren ebensoviele Sitze, die Nationalisten gewinnen 15 und verlieren 17, die Antiministeriellen gewinnen 8 und verlieren 17, die Republikaner gewinnen 12 und verlieren 13, die Radikalen gewinnen 14 und verlieren 11, die sociallistischen Radikalen gewinnen 12 und verlieren 10, die Socialisten gewinnen 8 und verlieren 4 und die Guesdisten gewinnen 2 Sitze und verlieren 1 Sitz.

Somit sind, unter Hinzurechnung des Ergebnisses der Hauptwahl, 587 Wahlresultate bekannt, und unter Zugrundelegung der von den Gewählten vor der Wahl über ihren Parteipolitik abgegebenen Erklärungen ergibt sich folgende Zusammenfassung der neuen Kammer: 50 Konservative, 59 Nationalisten, 99 antiministerielle Republikaner, 111 Republikaner, 129 Radikale, 90 sociallistische Radikale, 43 Socialisten und 6 Guesdisten.

Es sei gleich hier bemerkt, daß unter den 43 eigentlichen Socialisten sich die Blanquisten und einige Vertreter anderer Richtungen befinden, die den Guesdisten näher stehen als den übrigen, sogenannten ministeriellen Socialisten. Mit völliger Sicherheit lassen sich die Zahlen für die beiden Hauptgruppen des Socialismus noch nicht voneinander scheiden, es scheint, daß im ganzen 36 oder 37 Socialisten der Richtung Jaures und 12 oder 13 von der anderen Richtung gewählt sind. Von bekannten Socialisten sind in Paris unterlegen: Viviani, Alenanne, Deville; gewählt wurden Millevand, Rouanet, Clovis Hugues. Der Sieg Millerands über seinen nationallistischen Gegner erfolgte nur mit einer Mehrheit von wenigen hundert Stimmen; die antiministeriellen Socialisten scheinen sich der Abstimmung enthalten zu haben. Im ganzen wählte Paris in der Stichwahl 8 Nationalisten und 13 Republikaner. In Grenoble wurde der Guesdist Jévaud gewählt, in Lille der Guesdist Delory, in Lyon de Pressensé. In Marseille siegte Brisson, der Führer der Radikalen, dessen Wahl in Paris ausfichtslos geworden war. Auch der bisherige Unterrichtsminister Leygues wurde gewählt, so daß alle Mitglieder des bisherigen Ministeriums siegreich geblieben sind.

Das Wahlergebnis bedeutet aller Voraussicht nach das Ende der kritischen Parteiverhältnisse, unter denen Frankreich seit der Dreyfus-Affaire litt.

Die Wahl von 1898 hatte eine Mehrheit von Republikanern d. h. Radikal-Republikanern, Konservativen, Nationalisten und Antimilitaristen gebracht; aus den Dreyfuswirren bildete sich eine mehr linksrepublikanische, antikonservative Mehrheit unter dem Kabinett Waldeck-Rousseau, dem der Socialist Millerand zugehörte und das die Unterstützung der Mehrheit der Socialisten, der sog. Ministeriellen, fand. Nichtsdestoweniger unter Schwierigkeiten erhielt sich dieses Ministerium, dem in seinen Anfängen nur eine sehr kurze Lebenszeit prophezeit wurde, gegen den fortwährenden Republikanisch-nationalistischen Sturm. Es festigte sich immer mehr und es „machte“ die Wahlen. Jetzt ist die Mehrheit, die dieses Ministerium stützt, weit stärker geworden und die „nationalistische Gefahr“ ist geworfen. Während die bisherige ministerielle Mehrheit 40-50 Stimmen betrug unter Einrechnung von 20-30 Socialisten, beträgt sie jetzt, sofern sich die im obigen Telegramm mitgeteilten Ziffern bestätigen, erheblich über 100 Stimmen ohne Einrechnung von Socialisten!

Was nun Waldeck-Rousseau Ministerpräsident bleiben oder nicht, nach dieser Sicherstellung der politischen Situation, einem Nachfolger weichen, jedenfalls erscheint jetzt die Zeit des lähmenden Kraftanstandes gegen die nationallistisch-merkantile Wegereckheit vorüber und die Kammermehrheit steht vor der Entscheidung, ob endlich die Politik der Schwankungen und der reaktionären Konzeptionen abgelöst werden soll durch eine wenn auch die kapitalistischen Strömungen nicht überschreitende, doch demokratisch-fortschrittliche und sociale Reformpolitik.

In diesen kommenden Entscheidungen wird der französischen Socialdemokratie eine überaus bedeutungsvolle Rolle beschieden sein, wenn sie verstehen wird, ihren Bruderzwist zu beenden und eine Taktik zu finden, die gleich weit entfernt ist von Scheinrevolutionärem Starrsinn wie von verwirrenden Kompromissen.

Für die Socialdemokratie Frankreichs ist das Wahleresultat nicht so ungünstig, als es uns nach den Ergebnissen des ersten Wahlganges erschien. Immerhin lehrt sie an Mandataten bereichert in die Kammer zurück, wenn auch die Gesamtzahl der Wähler aller socialistischen Richtungen nur wenig die Stimmzahl von 1898 übertrifft. Und — wir dürfen es ansprechen: selbst die Stimmzahl, die erreicht wurde, ist überraschend groß. Wer den ungeliebten Bruderkampf unter den französischen Socialisten, wer die Festigkeit der gegenseitigen Befehdungen und Schmähungen kennt, der muß einer Partei, die trotz derartiger innerer Feindseligkeiten nicht zusammenbricht, sondern sich immerhin auf ihrer zuvor gewonnenen Höhe erhält, die ausfichtsreichste Zukunft zusprechen.

Und insbesondere deshalb begrüßen wir das Wahlergebnis in Frankreich, weil es uns die Hoffnung zu eröffnen scheint auf eine bessere Gestaltung der Verhältnisse im französischen Socialismus.

Der ministerielle Socialismus begründete seine parlamentarische Taktik mit der „nationalistischen Gefahr“; er stimmte für die Regierung, weil er in ihr die Regierung der „republikanischen Verteidigung“ gegen Merkantilismus und gegen militaristische Reaktion sah; er glaubte diese Regierung, deren ein Mitglied selbst ein Socialist war, erhalten zu müssen trotz ihrer mannigfaltigen Konzeptionen an die Reaktion. Während so ein großer Teil der französischen Socialisten in allzu innige Verstrickung mit den linksstehenden bürgerlichen Parteien geriet und die Gefahr entstand, daß die stolze und principielle Selbstständigkeit verloren ging, die eine Lebensbedingung des socialdemokratischen Kampfes ist, haben umgekehrt andere Richtungen der Socialdemokratie sich von jener Taktik nicht nur ferngehalten, sondern sind in das Gegenteil, eine — wir müssen es ansprechen — unersuchbare Isolierung verfallen. Aus diesen Gegenfäden erwuchs der in der ganzen Lebhaftigkeit des französischen Temperaments geführte Bruderzwist, der seit Jahren die Kraft der französischen Socialdemokratie lähmt und die lebhafteste Sorge der außerfranzösischen Socialdemokratie bildet. Der Erfolg dieser widerwärtigen Zerwürfnisse ist das Wahlergebnis, das am wenigsten die großen Hoffnungen unserer Guesdistischen Freunde erfüllt hat.

Jetzt ist die nationallistisch-reaktionäre Gefahr beseitigt. Jetzt ist für den Socialismus die Bahn frei zum ungehinderten Kampfe gegen alle Feinde des Proletariats, gegen die Halbheiten und Rücksichtlichkeiten der Linksrepublikaner wie gegen die Reaktion der Melinisten und Nationalisten. Die Socialdemokratie ist jetzt, da die Regierung einer großen Mehrheit gegenüber der konservativen Reaktion gewiß ist, unter feinerlei Gesichtspunkten mehr genötigt, Rücksichten auf die Regierung walten zu lassen. Es ist ihr die völlige Bewegungsfreiheit wieder ermöglicht, deren sie im jetzigen Stadium ihrer Entwicklung bedarf. Sie kann sich ganz ihrer Aufgabe hingeben, auf allen Gebieten des politischen Lebens die treibende Kraft zu sein und die Regierung zu einer entschlossenen Politik der demokratischen und sozialen Reformen zu nötigen.

Es wäre trübsal, wenn die internationale Socialdemokratie zu der Erkenntnis gelangen müßte, daß in den unglückseligen Entscheidungen des französischen Lebens diese oder jene Richtung der Socialdemokratie außer Berechnung zu bleiben habe. Wir leben vielmehr der Hoffnung, daß in der neuen politischen Situation die habenden Parteigruppen sich wieder zu einander finden und endlich den unheilvoll lähmenden Bruderkampf beendigen werden. Das kann, nach allem was vorgefallen, nicht von Tag zu Tag geschehen, aber es wird geschehen, wenn alle Beteiligten es ernsthaft wollen.

Politische Ueberblick.

Verlin, den 12. Mai.

Zur Aufhebung der Diktatur in Elsaß-Lothringen.

Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Mit „ungeheurem Jubel“ soll das reichsländische Volk, besonders die Bevölkerung der politisch regierten Landeshauptstadt Straßburg, die überraschend gekommene Kunde von der bevorstehenden Aufhebung der Diktatur begrüßt haben. Wir glauben, nach unserer Kenntnis von Land und Leuten, die Empfindungen, die diese beim Empfang der freudigen Botschaft beschließen, haben, richtiger zu kennzeichnen, wenn wir sie ein stilles Ausatmen, ein stimmtes Gefühl der endlichen Erlösung nennen, dem das Bedürfnis lauter Jubelrufe schon deshalb völlig fremd ist, weil die schlimmen Wunden, die der endlich beseitigte Zustand dem Volke geschlagen, in der Erinnerung derselben noch allzu heiß brennen.

Und schließlich, was hätten die Elsaß-Lothringer auch für einen Anlaß zu wilden Jubelandauchern? Wohl ist der kaiserliche Erlaß in moralischer wie materieller Hinsicht für Elsaß-Lothringen ein freudiges Ereignis und im Interesse seiner Bevölkerung zu begrüßen. Aber hat ein Volk, das, unbekannt und gegen seinen Willen auf dem Wege der Gewalt vom Mutterlande losgelöst, lange Jahrzehnte hindurch unter einer brutalen Gewaltherrschaft gebeugt wurde, — hat ein solches Volk Anlaß, in Jubel auszubrechen und die Hand zu lassen, wenn sie die Fesseln löst, die es so lange tragen mußte? Oder müssen die Elsaß-Lothringer, wenn anders sie nicht ein Volk von Sklaven sein wollen, das, was man ihnen jetzt bietet, nicht vielmehr als ein selbstverständliches Gebot der einfachsten Gerechtigkeit und politischen Klugheit entgegennehmen? Die patriotische Presse möge sich also die tönenden Phrasen von der färslichen Gnade, die dem elsässischen Volke leuchtete, ruhig sparen, eingingen der schlimmen Zeiten, die die in der Geschichte so schwer geprißten Westmarken unseres Reiches unter dem deutschen Regime durchzumachen hatten. Vor allem mögen sie aber nicht vergessen, daß mit der Diktatur nur ein Teil der drückenden Last beseitigt wird, unter der das öffentliche und politische Leben des Reichslandes nun schon seit mehr als drei Jahrzehnten leidet.

Dem noch haben wir Elsaß-Lothringer allen Anlaß, uns als Staatsbürger zweiter Klasse zu fühlen; noch ist die Gesetzgebung im eignen Lande und die stimmberechtigten Vertretung im Bundesrate uns vorenthalten. Und was die staatsbürgerlichen Freiheiten des einzelnen anbelangt, so sind diese durch eine ganze Reihe gesetzlicher Beschränkungen, die durch willkürliche Auslegung und rigorose Handhabung in ihrer Wirkung noch verschlimmert werden, im Vergleich zu denen in den übrigen Teilen des Reiches noch erheblich gemindert. Insbesondere die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat unter diesen Umständen schwer zu leiden. Erst dieser Tage wieder machte eine Entscheidung des obersten reichsländischen Gerichtes die Kunde durch die Presse, in der ausdrücklich festgestellt wird, daß die alle Beschränkungen der gewerblichen Koalitionsfreiheit betreffenden Bestimmungen des § 152 unserer Reichs-Gewerbe-Ordnung für Elsaß-Lothringen keine Wirkung hätten, daß dort vielmehr alle gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiterschaft als politische zu betrachten und demgemäß zur Einholung der polizeilichen Genehmigung verpflichtet seien. Und wer den Geist kennt, der die reichsländischen Polizei- und Verwaltungsbehörden befehlt, der weiß, was ein derartiger Rechtszustand zu bedeuten hat.

Nicht minder bleiben auch der Freiheit der Presse in Elsaß-Lothringen nach wie vor schwere Fesseln angelegt. Bei der im Jahre 1898 beliebten Reform der reichsländischen Pressegesetzgebung vermochte man sich nicht zur Aufhebung der lästigen Kautionsvorschriften aufzuschwingen, und auch hinsichtlich der Kolportage von Druckschriften herrschen im Reichsland noch äußerst traurige Zustände.

Das Versammlungsrecht liegt in Elsaß-Lothringen vollends im Argen und ist der Willkür der Polizeibehörden völlig preisgegeben. Specially die Socialdemokratie ist auf diesem Gebiete geradezu rechtlos. Der Hinweis auf die eine Thatsache, daß sie, um ihren Vertretern im Reichstage die Möglichkeit der Berichterstattung über ihre Thätigkeit zu geben, jedesmal auf die Gastfreundschaft des badischen oder schweizerischen Nachbarlandes angewiesen war, genügt, um die geradezu standalösen Zustände zu kennzeichnen, die auf dem Gebiete des politischen außerordentlich wichtigen Versammlungswezens im Lande der „wiedergewonnenen Bräder“ herrschen und auch nach Aufhebung der Diktatur noch herrschen werden.

Eine bittere Ironie des historischen Zufalls hat es gewollt, daß das durch die Aufhebung der Diktatur eingeleitete neue reichsländische System die Firma Rathias v. Koller tragen soll. Sein Regiment wird in Verbindung mit den geschälberten Rechtszuständen dafür Sorge tragen, daß auch in denjenigen Kreisen des Reichslandes, deren sich bei der so überraschend gekommenen Kunde von den kaiserlichen Erlaß eine freudige Erregung bemächtigt haben mag, nur allzu bald wieder eine nächtliche Auffassung der Situation Platz greift. Die jüngsten Wucherungen des reichsländischen Staatssekretärs über seine Stellung zum direkten Landesauswahlsrecht wie über seine Verschönerung der Presse lassen keinen Zweifel darüber, daß der Köhler der neuen Ära dem Köhler des Diktatursystems an beschränktem Polizeigeist und reaktionärer Entrechtungsjudt nicht nachsehen wird.

Die konservative Presse ist nun plötzlich mit der Aufhebung des Diktaturparagrafen einverstanden. Die Theorie vom „beschränkten Unterthanenverstand“ scheidet plötzlich neu ungeahnte Triumphe. So läßt sich die „konservative Korrespondenz“, indem sie die bisher ablehnende Haltung der Konservativen zu recht fertigen unternimmt, vornehmen:

„Daß die Haltung der Konservativen die einzig korrekte gewesen ist, lehrt gerade der allerhöchste Erlaß an den Statthalter von Elsaß-Lothringen; denn er beweist, daß es des Drängens der Opposition nicht bedurft hätte, um eine Maßregel abzuschaffen, die sich als entbehrlich gezeigt hat. Sie sollte aber auch allen denen zur Lehre dienen, die nun schon wieder zu einer neuen Agitation ansetzen, um alle auf die unerlässliche staatsrechtliche Sonderstellung der Reichslande bestehenden Bestimmungen zur Abschaffung zu bringen.“

Das heißt: so lange der Kaiser etwas nicht will, müssen die Parteien es auch nicht wollen. Wenn der Kaiser dann aber will, so muß man es gleichfalls wollen. Deshalb halten die Konservativen heute noch die andren Ausnahmestimmungen in den Reichslanden für „unerlässlich“ — sollte aber der Kaiser auch diese beseitigen, um so werden die Konservativen ebenfalls dafür sein, daß der „unerlässlich“ verschwinde.

Wie schade, daß die Junker dieses famos Recept nicht auch in den Zollfragen befolgt haben. Anstatt bei den Caprivischen Handelsverträgen ruhig zu warten, bis die Regierung sich eines Besseren besinne, organisierten sie eine wüste, lähmende Agitation. Und als dann die Regierung richtig zu agrarischen Verstand kam, da begnügten sie sich nicht mit diesem Erfolg, sondern setzten zu einer neuen Agitation an, um weitere Vorrechte zu raffen.

Nieder die Art, in der die Beseitigung der Diktatur durch einen Akt des persönlichen Regiments — ohne ministerielle Gegenzeichnung — bewirkt worden ist, bemerkte die „Badische Landeszeitung“:

„Es kann die Oeffentlichkeit nicht befriedigen, wenn fast einstimmige Vota des Reichstages Jahre lang unbeachtet bleiben, nur in dem Augenblick einer geschobenen persönlichen Stimmung in Thaten umgesetzt zu werden. Jedem hätte es seine Bedenken, wenn ohne vorherige Rücksprache mit dem Kanzler dessen freie Entscheidung beidränkelt worden wäre durch die Veröffentlichung des an den Statthalter gerichteten Erlasses. Auch die Zustimmung der übrigen deutschen Regierungen oder wenigstens ihrer Mehrheit muß garantiert sein, bevor sich der Kaiser für diese Entscheidung einsetzt.“

Es beweist nur den byzantinischen Verfall des Hiebertums, wenn auch die liberale, freisinnige, demokratische Presse, statt ähnliche Ermahnungen wie das badische Blatt anzustellen, noch in Jubelhymnen ausbricht.

Die Industriellen für die Zolltrennung.

st. Wien, 11. Mai. Es ist noch nicht in aller Form festgestellt, daß die Ausgleichsverhandlungen gescheitert sind, aber weit ist man von diesem kritischen Punkte nicht mehr entfernt.

Demnach daß die Dinge zur Zolltrennung treiben, wird immer klarer. Es ist von großer Bedeutung, daß sich nun selbst jene Kreise, die an der Erhaltung des ungarischen Marktes zu allererst interessiert scheinen, mit dem Gedanken der Aufhebung der Zollgemeinschaft zu befreunden beginnen.

Industrie und Gewerbe dürfen von der Regierung und den gesetzgebenden Körpern verlangen, daß ihnen in kürzester Frist Gewißheit über die nächste Zukunft verschafft wird, sowohl was das wirtschaftliche Verhältnis zur ungarischen Reichshälfte als die Handelsverträge mit den ausländischen Staaten anbelangt.

Mag bei dieser Demonstration auch die Absicht gewaltet haben, Herrn v. Koerber zu Hilfe zu kommen, so ist ihre Ernst doch nicht zu verkennen. Daß die österreichischen Agrarier in Ungarn einen ebenso unbedingten Konkurrenten erblicken wie in Rußland oder Amerika, ist bekannt, und sie würden die Zollschranken an der Leitha je eher je lieber aufgerichtet sehen.

Deutsches Reich.

Genen die Erhöhung des Eierzolls, wie er durch den Zolltarif vorgesehene ist, wendet sich eine Eingabe der Dresdener Handelskammer.

Galt Schlefien in früherer Zeit als eine Eier ausführende Provinz, so ist es jetzt bei weitem nicht mehr in der Lage, den Bedarf Schlefens zu decken. Die von den Berliner Interessenten gemachte Angabe, daß der Bedarf an Eiern in Deutschland nur zu 5 Proz. durch die inländische Produktion gedeckt werde, trifft auch für Schlefien gegenwärtig annähernd zu.

Daß die importierten Eier von der konsumierenden Bevölkerung um 7 Millionen Mark jährlich teurer bezahlt werden sollen, genügt unsren Agrariern freilich noch nicht. Verlangt doch der Bund der Landwirte einen Mindestzoll von 40 Mark!

Die Lieber-Legende und kein Ende. Die „Germania“ läßt sich nunmehr gegenüber der Erklärung der „Nordd. Allgem. Ztg.“, daß der Kaiser dem verstorbenen Centrumsführer „weder direkt noch indirekt“ Ordens- oder sonstige Anerkennungen gemacht habe, von einem „wohlinformierten Freunde“ Liebers mitteilen, daß die ganze Lieber-Legende wahrscheinlich auf ein Gespräch Liebers mit dem die noch nicht ausgeschifteten Herrn Miquel zurückzuführen sei.

Danach hätten die seltsamen Freunde des Verstorbenen ein bedeutungsloses Kompliment des preussischen Finanzministers übermäßig aufgebauscht, ohne in ihrer politischen Kalotte zu ahnen, welche zweifelhafte Anerkennung des ultramontanen Postillers die angeblich in Aussicht gestellte Belohnung bedeutet hätte.

So hat denn der Floppenpatriotismus Liebers wenigstens noch eine gewisse Anerkennung gefunden. Den Posten eines Regierungspräsidenten verdient sich vielleicht einer der Nachfolger des Herrn Lieber. Die würdelose Komödie des Centrums bei der Debatte über die Leipziger Weichenvorlage beweist ja einen energischen Kund über den Lieberischen Floppenpatriotismus hinaus.

Ein neuer Akt der „Notwehr“? Vor dem Breslauer Kriegsgericht der 11. Division, unter Vorsitz des Majors von Grau, stand am Sonnabend der berittene Gendarm Karl Aschmann von der 6. Gendarmen-Brigade zu Pilschowitz, Kreis Mähren, angeklagt der vorläufigen Körperverletzung eines Civilisten unter Mißbrauch der Waffe.

Ausland.

Die größte Gaunerei des Jahrhunderts nennt man in Paris die von uns in der Sonntagsnummer ausführlich dargestellte Affaire Humbert. Die Klätter sind voll von Einzelheiten über den tollen märchenhaften Schwindel. Eine geniale Frau in der That, die es verstand, zwanzig Jahre lang die Gerichte mit einer Hundertmillionen-Erbchaft zu beschäftigen, die nie existiert hat, sich von einem nie geborenen Amerikaner zur Erbin einsetzen zu lassen und gegen sich zwei Ketten des Erbläfers in Thätigkeit zu bringen, die leblich das Licht der Welt — einer beispiellosen Franzenphantastie erblickt haben.

Diese Affaire belächelt — so wird der „Bos. Ztg.“ geschrieben — ein skanderliches Bild stülpischer Verkommenheit, nicht nur der Humberts, sondern auch ihrer juristischen Helfer. Sie bedeuten den vollkommenen Verfall der Rechtspflege in Frankreich. Man lemt diese jetzt von allen Seiten. Die militärische Rechtspflege ist durch die Vorgesetzten Morel, Lutzer, Jouanvi, die Urteile in Sachen Dreys, Eberdaz, Picquart hinreichend gekennzeichnet. Die Strafrechtspflege hat man in der Jola-Prozessen und in der Wiederannahmeange an der Arbeit gesehen. Die Nichtigkeit der bürgerlichen Rechtspflege mag man an der Rolle erkennen, die sie 19 Jahre lang in der Humbert-Crowford-Gaunerei gespielt hat.

Belgien.

Versammlungsverbote.

Die sozialistische Partei von Brüssel hatte für Sonnabend eine Anzahl Versammlungen unter freiem Himmel anberaumt. Der Bürgermeister de Rot hat diese Versammlungen verboten. Die Erregung über diese neue Provokation der Arbeiter ist eine große.

Italien.

Die neapolitanischen Skandale kommen am 26. Juni vor den dortigen Gerichten zur Verhandlung. Die Anklage erstreckt sich auf 28 Personen, wovon der Abgeordnete Casale, der ehemalige Bürgermeister Summonte und Blieri, der Direktor der Tramway, die am meisten kompromittierten sind.

Die Verurteilung des ermordeten Socialisten Danilo Tassinari in Forci (Romagna) hat unter großer Beteiligung der Bevölkerung stattgefunden. Mehr denn 3000 Personen, unter denen 300 Frauen, gaben dem Ermordeten, der erst 18 Jahre zählt, das letzte Geleit.

Spanien.

Anarchistenverhaftung. In Barcelona überfiel die Polizei eine heimlich tagende Versammlung von Anarchisten und verhaftete 37 von ihnen. Derselben erklärten, sie versuchten eine Revision des Monjuich-Prozesses durchzuführen.

England.

Bei der Parlamentwahl in Dury wurde der Liberale Loumin mit 4213 Stimmen gewählt; sein Gegenkandidat, der liberale Unionist Lawton, erhielt 3706 Stimmen. Wähler war der Wahlkreis durch den Konservativen Kenyon vertreten, der auf sein Mandat verzichtet hat.

Schweden.

Die Neutralitätsklärung, wie sie der Abg. Hed in der Zweiten Kammer beantragt hatte, wurde entsprechend dem Entschlusse des parlamentarischen Ausschusses von der Kammer abgelehnt. Am Mittwoch bei den Verhandlungen über diese Angelegenheit hielt der Minister des Krieges Graf Lagerheim eine längere Rede, worin er u. a. erklärte, er müsse gehen mehrerer, was die Motivierung des Antrags enthalte, entschiedenen Protest einlegen. Man hätte deutsche Pressstimmen citiert, um zu beweisen, in Deutschland herrsche allgemein die Meinung, wir (Schweden) wären als dessen Bundesgenosse engagiert. Er (Hedner) hätte eine Reihe von Jahren Gelegenheit gehabt, sich über die in der deutschen Presse herrschende Auffassung zu informieren und sei zu der Meinung gekommen, daß man in Deutschland nicht auf irgend eine Alliance mit Schweden rechne. Im Gespräch mit leitenden Männern in Deutschland hätte er erfahren, daß man eine solche Alliance weder wünsche noch angestrebt hätte. Hinsichtlich Rußlands meint der Redner, daß dort nicht die Auffassung herrsche, daß Schweden im Kriegsfall der natürliche Feind dieses Landes sein werde. Zum Schluß gab der Minister dann folgende Erklärung ab:

„Da ich auf das bestimmteste den König abratem muß von einer Maßregel wie die vorgeschlagene, ich aber doch den Wünschen der Antragsteller entgegenkommen will, die, wie ich weiß, mit der Auffassung des Königs wie mit den Anschauungen meiner schwedischen und norwegischen Kollegen vollständig übereinstimmen, will ich, indem ich zugleich den Stimmungen Ausdruck gebe, die bei dem unverhältnismäßig größten Teil der Bevölkerung der skandinavischen Halbinsel herrschen, hier mit der ganzen Autorität meines Amtes und in der Erwartung, daß meine Auslassungen auch außerhalb der Landesgrenzen beachtet werden, erklären, daß es der bestimmte und unabweichliche Beschluß der Regierung ist, bei Wahrung der strengsten Neutralität sich jeder Einmischung in die Streitigkeiten fremder Mächte zu enthalten. Ich bitte besonders die Presse, diese Erklärung innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen zu verbreiten.“

Norwegen.

Norwegens Staatschuld, die am Schlusse des vorletzten Finanzjahres 228 734 167 Kronen betrug, war infolge der im Januar dieses Jahres ausgenommenen Anleihe von 36 432 000 Kronen am Schlusse des am 31. März 1902 verflohenen Budgettermins auf 262 598 341 Kronen angewachsen. Für Renten und Schuldentilgung ist im diesjährigen Staatsbudget die Summe von 10 200 901 Kr. aufgeführt.

Rußland.

Balmaschow ist vom Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Das Urteil unterliegt noch der kaiserlichen Bestätigung.

Einen Blatt wird über die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht gemeldet:

Balmaschow verhielt sich während der Verhandlung vor dem Kriegsgericht überraschend ruhig und gefaßt. Auf alle an ihn gerichteten Fragen beobachtete er unausgesetztes Schweigen, nur als der Präsident General von Osten-Saden ihn fragte, ob er absolut keinen Gehilfen und Anwalt bei Verurteilung des Verbrechens gehabt, antwortete er laut: „Jawohl, einen Complicen habe ich gehabt, das ist die russische Regierung.“ Auch sein Todesurteil nahm er mit kaiserlicher Ruhe hin, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Man glaubt, daß der Jar das Todesurteil in Zwangsarbeit umwandeln werde, um so mehr, als der Gesundheitszustand Balmaschows derartig ist, daß ihm nur noch eine kurze Lebensdauer beschieden sein dürfte.

Der Streik der Wehrpflichtigen in Finnland dauert fort.

Unter 10. Mai wird aus Helsinki gemeldet, daß nach den Resultaten zu urteilen, die die bis dato in 170 Kommunen vorgenommenen Musterungen ergeben haben, in familiären 600 Kommunen Finnlands kaum 30 Proz. der Wehrpflichtigen sich einstellen werden, einberechnet diejenigen, die wegen verschiedener Gründe von vornherein als dienstuntauglich anzusehen sind. In 38 Kommunen ist nicht ein einziger Wehrpflichtiger zur Musterung gekommen, in 6 andern Kommunen konnte überhaupt keine Musterung vorgenommen werden, weil der Sekretär und die Musterungskommission sich wegen der Unvollständigkeit der letzteren weigerten, die Ausfertigung vorzunehmen. In einem Regierungsbezirk hat der Gouverneur die hohen Geldbußen, zu denen die Kommunen verurteilt waren, weil sie sich weigern, die Musterungskommissionen zu wählen, aufgehoben. Es wird dort als unmöglich angesehen, diese Geldbußen einzutreiben, ohne die Schulgebäude und Kornmagazine der Kommunen zu verkaufen.

Asien.

In den Ururben in Persien. Aus den aufrethretischen Distrikten der Provinz Persien hier eingegangene Nachrichten besagen, daß sich die Aufrethrer bei der Ankunft von Juanschikais Truppen zerstreuten. Ihr Führer sei verschwunden. Die Dörfer der Aufrethrer seien niedergebrannt und schwere Strafen über ihre Bewohner verhängt worden.

Partei-Nachrichten.

Die Arbeitslosen-Zeitung war am 10. Mai auch in Magdeburg noch nicht freigegeben. Sofort, nachdem die Freigabe hier erfolgt, die doch ohnehin nicht mit besonderer Eile abzuhandeln war, hat der Geschäftsführer der Magdeburger Parteibuchhandlung bei der dortigen Polizei die Herausgabe gefordert, bis zum vergangenen Sonnabend aber ohne jeden Erfolg.

Als Reichstags-Kandidat für Hof wurde der Genosse Stücken in Alenburg von einer Wahlkreis-Konferenz aufgestellt.

Politikliches, Gerichtliches u. s. w.

Staatgefährliche Unbestimmtheit. In Sachsen-Weimar ist man auf einen neuen Grund zum Verbot von Versammlungen verfallen. Bisher verbot man Versammlungen, weil das angegebene Thema zu aufreizend sei; dieser Grund wird auch anderwärts vielfach benutzt und ist ziemlich abgebraucht. Dagegen ist es ganz neu, daß ein Thema zu unbestimmt sei und daher bei seiner Behandlung die Möglichkeit einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe bestehe.

Mit solcher Begründung wurde ein in Oberweimar erfolgtes Versammlungsverbot oberbischöflich bestätigt. Gammelfeinst mit dem neuentdeckten Recht des Preuzen, Versammlungen geben zu verlesen, sieht also nicht einzig da.

Aus Industrie und Handel.

Unfähigkeitserklärung der Berliner Handelskammer-Wahlen. Die der „Tag“ berichtet, hat die in der ersten Sitzung der Handelskammer eingeleitete Kommission zur Prüfung der Wahlen heute, nach Ablauf der gesetzlichen Frist zur Erhebung von Einwendungen gegen die Handelskammer-Wahlen, eine Sitzung abgehalten, in der mit überwiegender Mehrheit beschlossen wurde, dem Plebiscum, entsprechend den eingelaufenen Protesten, vorzuschlagen, die stattgefundenen Wahlen für ungültig zu erklären.

Wirtschaftliches Coalschuldital. Die Meldung, daß das Coalschuldital nicht gewillt ist, eine weitere Preisermäßigung für Coals einzutreten zu lassen, bestätigt sich. In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrats wurde mit großer Mehrheit beschlossen, die Preise, die für das erste Semester des laufenden Jahres festgesetzt worden sind, auch für das zweite Halbjahr beizubehalten und zwar für alle Coalsorten. Da in den letzten Wochen der Abzug von Coalsorten und Coalsorten wieder etwas stärker geworden ist, hält das Coalschuldital eine Maßnahmtnahme auf die deutsche Industrie, speziell die Eisenindustrie, allem Anschein nach nicht für angebracht. Der Beschluß

ft recht charakteristisch für die allein vom eigenen Interesse diktierte
Vollpolitik der Syndikate.

Wohner Bergwerks-Aktiengesellschaft. In der heutigen
Generalversammlung wurde gegenüber dem Antrage der
Verwaltung, den gesamten Gewinn zur Abschreibung
zu verwenden, vom Aktionär Billingshul beantragt, von
dem Gewinn von 186 481 Mark den Betrag von 100 000
Mark in Reserve zu stellen und den Rest (86 481 Mark) auf
neue Rechnung vorzutragen, um einer späteren Unterbilanz vor-
zubeugen. Ein anderer Aktionär, Namens Schröder, der seiner An-
gabe nach ein Aktienkapital von einer Million Mark
verträgt, klagte darüber, daß gleich nach Einführung der
zugekauften Aktien der Kurs derselben beträchtlich ge-
fallen sei, und machte der einführenden Bank (Diskonto-
Gesellschaft) den Vorwurf, daß sie nichts getan habe, den Kurs zu
halten. Ferner fand er die Bilanz zu pessimistisch aufgestellt, zum
Beispiel seien die Coalschmelzungen, die 882 000 Mark gekostet
hätten, nur mit 101 881 eingestuft. Er beantragte deshalb,
1 Proz. Dividende zu verteilen und das übrige auf neue
Rechnung vorzutragen. Direktor Wenzel von der Verwaltung
(Eisenhütten Bergwerk) trat dieser Auffassung entgegen. Der
von der Prüfungskommission erstattete Bericht hätte die
finanzielle Lage weit ungünstiger dargestellt als der Ver-
waltungsbericht und für die nächsten fünf Jahre keine
Erträge in Aussicht gestellt. Die Abschreibung für Coals-
schmelzungen halte sich in den üblichen Grenzen. Nach einer Rede
des Aufsichtsratsmitgliedes Landgerichtsrat Schmiding, der sich
gegen die vorgeschlagene Verteilung einer Dividende wandte, ergriff
der Vorsitzende, Geheimrat v. Hansmann, das Wort. Er stellte
gegenüber einem von Schröder erlassenen, gegen die Diskonto-
Gesellschaft gerichteten Interimist fest, daß die Diskonto-Gesellschaft zur Zeit
des Kurrückganges als Käufer aufgetreten sei, und 217 200 M. Aktien
gekauft habe. Die Diskonto-Gesellschaft sei der stärkste Aktionär
und leide deshalb am stärksten unter dem Kurrückgang.
Der Jahresabschluss für 1901 wurde in der beantragten
angegebenen Forderung genehmigt, d. h. 100 000 M. sollen in Re-
serve gestellt und der Rest neu vorgetragen werden. Dem Schritt
man zur Aufsichtsratswahl. Es wurden gewählt die Kandidaten der
Verwaltung und zwar: Geheimrat v. Hansmann, Landgerichtsrat
Schmiding, Bergwerksdirektor Wenzel und Bankdirektor Wollstein neu.

Vom Eisenmarkt. Nach einer Mitteilung des „Trommenger“
aus Schottland macht sich dort ein Nachlassen der amerikanischen
Nachfrage nach Rohisen bemerkbar. Neue Bestellungen sind von
amerikanischer Seite in letzter Zeit nicht erfolgt. Auch im rheinisch-
westfälischen Industriegebiet hat, wie die „Köln. Ztg.“ zu berichten
wech, die Nachfrage aus den Vereinigten Staaten merklich nach-
gelassen. Die „Industrie“ entwirft von der Lage des rheinisch-
westfälischen Eisenmarktes folgendes Bild: Im allgemeinen ist der
Verkehr auf dem Eisenmarkt in den letzten zwei Wochen etwas
ruhiger, und es giebt Leute, welche deshalb schon sehr be-
sorgte Gesichter machen und den „Aufschwung“ als beendet an-
sehen. Wir können uns dieser Ansicht nicht anschließen.
Ein großer Aufschwung ist überhaupt nicht eingetreten,
sondern eine Besserung in der Beschäftigung und den Preisen, die
aber zum rentablen Betrieb der Werke in manchen Zweigen noch gar
nicht hinreicht. Wir glauben nicht an eine weitere wesentliche
Belebung des Geschäfts und höhere Preise, aber wir sehen heute
auch noch nicht die sicheren Anzeichen eines Rückganges, zumal wir
die Sommermonate vor uns haben. So viel hat sich die ganze
Eisenindustrie ja überhaupt noch nicht erholt und gestärkt, daß ein
bedeutender Rückschritt dazu gehörte, um zahlreiche Betriebe in allen
Zweigen des Eisengewerbes wieder vor die schwere Frage ihrer
Erstlingsberechtigung zu stellen.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Differenzen der Vergolder bei der Firma Kunze-
dorf sind beigelegt. Durch das solidarische Verhalten unserer
Kollegen war Herr Kunzendorf gezwungen, mit der Organisation zu
verhandeln, was er zuerst scharf zurückwies. Die Accordarbeit
wurde abgelehnt und Lohnarbeit mit dem Minimallohn von 24 M.
bei 53stündiger Arbeitszeit pro Woche eingeführt. Die Arbeit wurde
am Montag, den 12. Mai, wieder aufgenommen und verpflichtete
sich Herr Kunzendorf, nach der Anciennität sämtliche Arbeiter wieder
einzustellen.

Achtung, Steinseher! Die Differenzen bei der Firma Jalex
in Spandau sind noch nicht beigelegt, da der Inhaber derselben
sich weigert hat, beide Ausgesperrte wieder einzustellen. Außerdem
hat die Firma bis dato auch nicht das vertragsmäßige Fahrlohn be-
zahlt, es ist deshalb noch Zugang fernzuhalten. — Die bei der Eber-
walder Steinseher-Zinnung beschäftigten Steinseher sind
bezüglich Durchführung der im März aufgestellten Lohnforderungen
in den Streik getreten. Es ist deshalb von Eberwalde,
Freienwalde, Wriezen a. O. und Umgegend ebenfalls Zugang
fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Rieker Baugewerbe. Das Streikkomitee
der Rieker Zimmerer schreibt und: Da in verschiedenen Parteiblättern
von einer Aussperrung der Rieker Bauarbeiter die Rede sei, so
können daraus gefolgert werden, daß die Bauhilfsarbeiter
ausgesperrt seien. Es handelt sich aber um eine Aussperrung der
Rauer und Zimmerer, was zur Vermeidung von Irrtümern
hiermit ausdrücklich hervorgehoben wird. Eine Anzahl italienischer
Maurer sind bereits als Streikbrecher eingestellt, auch einige arbeits-
willige Zimmerer haben sich gefunden, aber der Bedarf an Arbeits-
kräften ist noch lange nicht gedeckt. Die Unternehmer suchen deshalb
in allen Teilen Deutschlands nach Erjay für die Aussperrten. Es
wird wiederholt dringend erucht, den Zugang von Rauerern
und Zimmerern nach Kiel fernzuhalten.

Wahlhinder, Kartonnen- und Galanterie-Arbeiter. Es
wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen der
Firma A u h o d u. C o m p. in G ö h n i y wegen ihrer Zugehörigkeit
zum deutschen Wahlhinder-Verband gekündigt worden sind, und daß
deshalb der Zugang nach der genannten Firma unter allen Umständen
fernzuhalten ist.

Jobststelle Obhng des deutschen Wahlhinder-Verbandes.

Der E. -it der Steinmetzen im Vogtland ist nunmehr
beendet, und zwar zu Gunsten der Ausständischen. Derselbe hat
eine Woche gedauert und drehte sich um Anerkennung des
seitens der Organisation der Steinmetzen aufgestellten Lohnsatzes.
Der Streik beschränkte sich nur auf die Orte Falkenstein, Auerbach
u. s. w. Freuen.

Maurerstreik. In Hof befinden sich seit vorigem Montag
167 Maurer im Ausstand. Sie legen die Arbeit nieder, weil die
Unternehmer ihr vorjähriges Versprechen, 40 Pf. Lohn zahlen zu
wollen, nicht hielten, vielmehr nur 35 Pf. zahlen wollten. Die
Maurer verlangen nunmehr 43 Pf. Mindestlohn. Die Unternehmer
versenden täglich schwarze Listen.

Unter den Maurergesellen in Habel (Weßlerbau) ist eine Lohn-
bewegung zum Ausdruck gekommen. Weil gebührender Arbeit
fordern die Streikenden 35 Pf. pro Stunde. Die Arbeitgeber wollen
von 1. nächsten Monats an 30 Pf. zuzulassen, falls die Gesellen sich
dazu verpflichten, für einen dreijährigen Zeitraum keine weiteren
Forderungen zu stellen.

Eine Sonderorganisation, die sich vom Centralverband der
Textilarbeiter Deutschlands loslöste, hat sich kürzlich unter dem
Namen „Verband der vogtländischen Schiffbauarbeiter“ mit dem Ely
in Witten gebildet. Aus welchen Gründen die Absonderung der
vogtländischen Schiffbauarbeiter vom Textilarbeiter-Verband stattfand,
wird nicht mitgeteilt. Bedauerlich ist die Absonderung in jedem Fall,
denn die Zerstückelung der Kräfte in kleinen Einzelorganisationen
läßt den gewerkschaftlichen Kampf nur schwächen.

Die Straßenbahner in Königsberg i. Pr. forderten die
Einführung des Schichtwechsels mit neunstündiger Dienstzeit. Die
Direktion lehnte diese Forderung ab, sagte aber zu, daß jeder fünfte
Tag frei sein solle, außerdem solle an jedem zweiten Dienstage Ab-
lösung nach sechsstündiger Fahrzeit erfolgen und an jedem vierten
Tage sollten Erleichterungen gewährt werden. Der volle Dienstag
ist nach dem gegenwärtigen Fahrplan ein sechsstündiger. Die
Straßenbahner erklärten, diese Forderung als vorläufige Abschlags-
zahlung anzunehmen, an der Forderung der Reinstundensicht
ohne Lohnfözung jedoch festzuhalten.

Ausland.

Die Weberaussperrung in Enschede. Der Streik der Ded-
weber hatte Ende der vorigen Woche bereits 16 Wochen gedauert,
die darauf folgende Aussperrung der ca. 2000 Arbeiter und Ar-
beiterrinnen 14 Wochen. Das Organisationskomitee hat beschloffen,
die verschiedenen Arbeiterorganisationen zu Pfingsten zu einer
Konferenz in Amsterdam einzuladen, um über die Herbeischaffung
der Mittel zu weiterer Unterstützung der Aussperrten in Enschede
zu beraten. — Die Zahl der Streikbrecher beträgt jetzt 60. Von
den Streikenden und Aussperrten ist bis jetzt nur ein Mädchen
wieder in die Fabrik gegangen.

In Limoges sind jetzt gegen 8000 Arbeiter ausgesperrt; die
Ursache bildet das Gesetz Millerand-Collinad. Diefem wollten sich,
wie schon mitgeteilt, die dortigen Porzellanfabrikanten nicht fügen.
Es kam zum Streik besjo, zur Aussperrung von einigen tausend
Porzellanarbeitern; andre Fabrikanten sind diesem Beispiele gefolgt
und haben ebenfalls ihre Arbeiter ausgesperrt, weil diese nicht auf
die geringen Vorteile des Gesetzes verzichteten wollten.

Sociales.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden.

Durch Gesetz vom 30. Juni 1900 ist dem Bundesrate das Recht
erteilt worden, die Krankenversicherung auch auf die Hausgewerbe-
treibenden auszudehnen, während bis dahin diese Ausdehnung nur
durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde für ihren Bezirk
möglich war. Von diesem Rechte soll jetzt Gebrauch gemacht werden.
Der Entwurf zu einer entsprechenden Verordnung, der demnächst
dem Bundesrate zugehen soll, liegt gegenwärtig den preussischen
Regierungspräsidenten zur Begutachtung vor. Der Entwurf lautet
in seinen wesentlichen Bestimmungen:

1. Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Kranken-
versicherungs-Gesetzes wird auf selbstständige Gewerbetreibende er-
streckt, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für
Rechnung anderer Gewerbetreibender, mit der Herstellung oder
Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Haus-
industrie), und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe
selbst beschaffen, und auch für die Zeit, während welcher sie
vorübergehend für eigene Rechnung arbeiten.

2. Die An- und Abmeldung der Hausgewerbetreibenden erfolgt
durch ihre unmittelbaren Arbeitgeber.

3. Für die Einzahlungen der Beiträge und der Eintrittsgelder
für die Hausgewerbetreibenden und für ihre versicherungspflichtigen
Hilfspersonen lasten, vorbehaltlich der Wiedereingliederung nach
Wahlgabe von §§ 53, 54 Abs. 8 des Krankenversicherungs-Gesetzes,
die unmittelbaren Arbeitgeber der Hausgewerbetreibenden und,
falls diese als Zwischenspersonen die Beschäftigung vermittelt haben,
auch diejenigen Gewerbetreibenden, in deren Auftrag die Waren
hergestellt oder bearbeitet sind, als Gesamtschuldner. Neben dieser
Haftung bleiben die Hausgewerbetreibenden selbst für die Ein-
zahlung der Beiträge und der Eintrittsgelder für ihre versicherungsp-
flichtigen Hilfspersonen verhaftet.

4. Die Beiträge für die Hausgewerbetreibenden und für ihre
versicherungspflichtigen Hilfspersonen sind zu zwei Dritteln
von den Hausgewerbetreibenden und ihren versicherungsp-
flichtigen Hilfspersonen, zu einem Drittel von den unmittel-
baren Arbeitgebern der Hausgewerbetreibenden und, falls durch
diese als Zwischenspersonen die Beschäftigung vermittelt ist, von
denjenigen Gewerbetreibenden zu bestreiten, in deren Auftrag die
Waren hergestellt oder bearbeitet sind.

5. Die Hausgewerbetreibenden haben für die Zeit vorüber-
gehender Beschäftigung für eigene Rechnung die Eintrittsgelder und
die vollen Beiträge für ihre Person aus eigenen Mitteln zu be-
streiten. Beschäftigten sie in dieser Zeit versicherungspflichtige
Hilfspersonen, so haben sie auch für diese die Eintrittsgelder und
Beiträge einzuzahlen und die Beiträge zu einem Drittel zu tragen,
während die übrigen zwei Drittel von den versicherungspflichtigen
Hilfspersonen zu tragen sind.

Als der dem Entwurfe beigegebenen Begründung ist zu ersehen,
daß nicht beabsichtigt ist — was nach dem erwähnten Gesetze zu-
läufig wäre — irgend welche Kategorien von Hausindustriellen aus-
zunehmen. Die Versicherungspflicht soll auch nicht durch eine Ober-
grenze des Einkommens beschränkt werden; dafür wird besonders
auf die in Berlin damit gemachten ungünstigen Erfahrungen hin-
gewiesen.

Badefasson und Arbeiterschutz. Zu Masseneingaben an den
Bundesrat und Reichstag fordert ein Anruf die Gastwirte der Bade-
und Touristenorte Deutschlands auf. Es soll gegen die Bundesrats-
verordnung vom 23. Januar d. J. über die Ruhezeiten der Gastwirts-
angestellten Protest erhoben werden, unter Hinweis darauf, daß die
Bestimmungen über eine mindestens alle 14 Tage zu gewöhnlicher
24 stündige Ruhepause in den Bade- und Kurorten, wegen Mangels
an Ausschilfpersonal schwer durchführbar seien. In den Petitionen
soll für den Wegfall des freien Tages folgender Antrag vorgeschlagen
werden: 1. Den Angestellten werden wöchentlich 51 bzw.
74 Stunden Ruhezeit gewährt. 2. Die tägliche Nachtruhepause be-
trägt 7—8 Stunden. 3. In der ersten Woche wird zwischen 2 Uhr
nachmittags und 8 Uhr morgens eine ununterbrochene Ruhepause
von 6 Stunden gewährt. 4. Diese Ruhepause beträgt in der 2. und
3. Woche 18 Stunden. 5. Die fehlenden 6 Stunden sollen auf
einzelne Tage verteilt werden. 6. Für die Verrichtungen und Gehilfen
unter 16 Jahren soll es, außer der 24 stündigen Ruhepause, bei den
festgesetzten Bestimmungen sein Bewenden haben.

Vorläufig haben diese menschenfreundlichen Wünsche keine Aus-
sicht auf Erfüllung.

Das Recht der Handelsarbeiter. Eine Versammlung von
Handels- und Transportarbeitern in Rürnberg, die sich mit der
Frage der gewerkschaftlichen Rechtsprechung in ihrem Verufe beschäftigte,
nahm folgende Resolution an:

Die Versammelten protestieren aufs schärfste gegen die von der
Reichsregierung geplanten Maßnahmen, die Handels- und Transport-
arbeiter den Gewerbegerichten zu entziehen und unter kaufmännische
Schiedsgerichte in Aufsicht an die Amtsgerichte zu stellen. Die
Versammelten sind der Meinung, daß die Gewerbegerichte gerade für
die berufsmäßigsten Instanz zur Erledigung von Differenzen im Arbeits-
verhältnisse sind und beauftragen ihre Vertreter, die sozialdemokratische
Fraktion, im Reichstage, in diesem Sinne die Rechte der Betroffenen
vertreten zu wollen.

Gegen den Arbeiterschutz macht die Handelskammer für den
Regierungsbezirk O p p e l n mobil. Sie beschloß in ihrer letzten
Plenarversammlung, dahin zu wirken, daß die Ruhepause der Ange-
stellten allgemein auf 10 Stunden herabgesetzt werde.

Förderung der Volksbildung. Der Reichstag für Offen-
bach beschloß die Schaffung einer Kreiswanderbibliothek, die zu-
nächst in Zeilbibliotheken von je 100 Bänden auf 10 Gemeinden des
Kreises verteilt werden soll. Mit der Zeit sollen sämtliche Ge-
meinden des Kreises mit Zeilbibliotheken versehen werden.

Diese an sich sehr nützliche und begrüßenswerte Einrichtung
verliert aber leider sehr viel an Wert durch den Versuch, keine
Literatur aufzunehmen, die „politischen oder konfessionellen Sonder-
interessen diene“. Unsere Genossen im Reichstag vermöchten trotz leb-
hafter Bemühungen diesen Beschluß nicht zu verhindern. Er läuft

darauf hinaus, den Lesern alle moderne wissenschaftliche und politische
Literatur vorzuenthalten, wird sie aber nicht vor patriotischem Hoch
bewahren.

Kinderarbeit in Amerika.

Die Beschäftigung von Kindern in Fabriken ist in den amerika-
nischen Staaten, je nach deren Entwicklung und dem Stande der
Industrie sehr verschiedenartig geregelt. In nachfolgenden Staaten
ist die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben schon vom 10. Jahre
an gestattet: Kalifornien, Nebraska, New Hampshire und Vermont;
in Maine, Maryland, Dakota, Rhode, Island, Tennessee, Virginia,
Louisiana und New Jersey dürfen die Kinder vom 12. Jahre an in den
Fabriken thätig sein. In den zwei letztgenannten bezieht sich dies nur
auf die Knaben, während die Mädchen erst vom 14. Lebensjahre an
beschäftigt werden dürfen; in Ohio und Pennsylvania beginnt sie
mit dem 13. Lebensjahre, während in den nachstehenden Staaten
alle Kinderarbeit bis zum 14. Lebensjahre verboten ist: Colorado,
Illinois, Connecticut, Indiana, Massachusetts, Michigan, Minnesota,
Missouri, New York und Wisconsin. — In den meisten Staaten ist
die Arbeiterzeit der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen geregelt,
und zwar ist für die ersten bis zum 16. beziehentlich 18. Jahre
die Arbeitszeit meist im Maximum auf 55 oder 60 Stunden die
Woche festgesetzt; für die Arbeiterinnen bis zum 21. Lebensjahre
darf sie in der Regel 55 oder 60 Stunden nicht überschreiten.

Die Katastrophe von Martinique.

Der Korrespondent des „Bureau Laffan“ telegraphiert unter
dem 10. d. M. von St. Lucia: Der ganze Norden der Insel
St. Vincent ist verwüstet. Der die britische Garnison
kommandierende Lieutenant berichtet, daß beide großen Krater auf
St. Vincent riesige Massen von Lava, glühender Asche und Rauch
ausstießen. Ein breiter Lavaström, der alles auf seinem Wege ver-
nichtet, trennt die Insel in zwei Teile. Kleine Krater treten überall
in Thätigkeit. Infolge der intensiven Hitze und des Rauches ringsum
können sich Schiffe nicht der nördlichen Küste nähern. Man schätzt,
daß bis jetzt mindestens 200 Menschenleben verloren sind. Die Stadt
Kingstown ist mit Asche bedeckt und wird von den Vulkanen mit
Steinen bombardiert. Asche fiel auch in großer Menge auf das Dsch
des Dampfers „Coga“ nieder, der 250 engl. Meilen von St. Vincent
entfernt lag.

Der Korrespondent des „Bureau Laffan“, der sich am Bord des
von der britischen Regierung nach St. Vincent entsandten Dampfers
„Bear“ befand, labelt aus New York: Der „Bear“ verließ
St. Lucia am Donnerstagsabend. Während der ganzen Reise waren
die furchtbaren Flammen auf St. Vincent sichtbar. Nach Mitternacht
geriet der „Bear“ in heftige Regen von grauer Asche, so daß die
Mannschaft in Gefahr war, zu ertrinken. Um 5 Uhr morgens erreichte
der Dampfer Kingstown. Man sah jetzt, daß sich der Vulkan im
Zustande andauernder Eruption befand. Unausföhrlich erscholl fürchter-
licher Donner, und gabelstirnige Blitze zuckten ohne Unterlaß über
die Gänge der Verwaltung. Die Zahl der Blitze schätzte sich auf
60 bis 100 in der Minute. Kingstown, das 12 englische Meilen von
dem Vulkan entfernt liegt, war am Donnerstag 3 Zoll hoch mit Asche
und Steinen bedeckt; das Thal des Vulkans bildete zu dieser Zeit einen
breiten englische Meilen breiten See. Der Ausbruch wurde zuerst am
Montag beobachtet, als große Wassermassen emporstießen. Die Be-
völkerung in der nächsten Umgebung des Vulkans floh. Erster er-
streckte das Donnern unausföhrlich weiter. Die Lavaströme machten es
unmöglich, nach Norden zu eine Linie zu überschreiten, die Chatetau
Delair und Georgetown verbindet. Wo vorher ein Thal war, steht
man jetzt einen riesigen Hügel. Der ganze nördliche Teil von
St. Vincent steht in Rauch. 60 Menschen wurden, wie berichtet wird,
bei dem Versuche, sich zu retten, vom Blitze erschlagen. Am Dienstag
und Mittwoch war die Insel völlig mit Asche überflutet.
Am Donnerstag ging ein anhaltender Regen von heißem Sand und
Wasser nieder. Alles auf der Insel wurde dadurch zu Grunde ge-
richtet. Eine große Anzahl Menschen wurden längs der Küste von
Booten aus Kingstown aufgenommen. Zahlreiche Flüchtlinge waren
bei ihrer Ankunft an der Küste dem Verfaßnachten nahe. Viele von
ihnen waren seit 36 Stunden ohne einen Tropfen Wasser. Infolge
des Wassermangels ist alles Vieh umgekommen. Wieviel Menschen-
leben verloren sind, läßt sich vorläufig noch nicht mit Sicherheit an-
geben; ihre Anzahl dürfte wahrscheinlich mehrere Hundert betragen.
Der „Bear“ verließ Kingstown um 8 Uhr morgens mit dem Auf-
trage, ein Hilfsschiff von Delair nach Ovia Carib zu schleppen.
Auf der Höhe von Barroulie erhielten wir von der Küste die
Weisung, daß die Passage unmöglich sei. Wir setzten jedoch trotzdem
unre Fahrt fort und hatten dann gegenüber Delair einen groß-
artigen Ausblick auf die Westseite des Kraters. Lavaströme flossen
in allen Richtungen den Berg hinunter in die See. Der ungeheure
Krater warf ohne Unterlaß riesige Aschemengen aus, die, von ihm
hoch in die Luft geschleudert, in die See niederfielen. Dann be-
merkten wir einen neuen Weg, der sich eine halbe Meile breit zur
See hinabzog. Es war wahrscheinlich vom Wasser abgeflaute Lava;
seine Farbe war bräunlich. Es war unmöglich, nahe an die
Stadt heranzukommen. Die See war dicht mit Bäumen und Trümmern
bedeckt. Wir versuchten durch den Aschenregen hindurch nach der
Stadt Santa Lucia vorzudringen, fanden es aber unmöglich, da
wir Gefahr liefen, zu ertrinken. Am Horizont war nichts weiter als
ein dichter Guss von Asche, Schlamm und anderen Dingen zu sehen,
der eine riesige Mauer aufschichtete. Wir machten Recht und dampften
inwärts um die Insel. Gegenüber Georgetown gerieten wir in
einen Sturmwind, der Rauch und Trümmer nordwärts trieb und
uns einen klaren Ueberblick über den heimgesuchten Bezirk in seiner
ganzen Ausdehnung gestattete.

Näher den großen Kratern waren noch viele kleine in Thätigkeit.
Eine Anzahl Lavaströme sah man in einer Breite von einer halben
Meile der See zustießen. Wir fuhrten dicht bei Georgetown vorbei
die Küste entlang nach Santa Lucia, erbebten aber kein Lebens-
zeichen. Man glaubt, daß alle Menschen in dem heimgesuchten
Distrikt umgekommen sind. Die Flüchtlinge in Delair und Georgetown
sind noch in Gefahr.

Ueber die Zerstörung der Stadt Saint Pierre
telegraphiert der Korrespondent des „Bureau Laffan“ unter dem Datum
des 11. Mai aus Fort de France auf Martinique: Der Vulkan Mont
Pelée hat schon seit dem 22. April demruhigende Zeichen
gegeben. Am 8. Mai bereitete sich um 8 Uhr morgens eine dicke
Wolke mit schrecklicher Geschwindigkeit über Fort de France aus. Ein
heftiger Steinregen ging nieder und verursachte unter der Bevölke-
rung eine Panik. Die See ging 15 Meter weit vom Lande zurück,
so daß die am Quai liegenden Schiffe zweimal den Grund be-
rührten. Dann lehrte die Flut mit großer Schnelligkeit auf ihren
normalen Stand zurück. Von allen Seiten erscholl der eine Schrei:
„Der Vulkan, der Vulkan!“ Der Bürgermeister und die Re-
gierungsbehörden organisierten schleunigst eine Hilfeexpedition.
Der auf der See liegende Kreuzer „Saghet“ ging sogleich
nach Saint Pierre ab und Schiffe, welche am Morgen von der
Stätte des Unglücks angekommen waren, kehrten rasch mit Lebens-
mitteln dorthin zurück. Zwei Stunden später kamen sie mit der
Nachricht zurück, St. Pierre sei vernichtet und die Küste von der
Stadt Carbet bis zu dem Dorfe Recheur flache in Flammen. Die
intensive Hitze machte eine Landung unmöglich. Der „Saghet“
brachte 30 Ueberlebende, die er bei Carbet aufgenommen hatte,
nach Fort de France. Alle waren furchtbar verletzt, neun andre
starben auf dem Transport. Die Ueberlebenden wurden im
Hospital von Fort de France aufgenommen. Es wurden Lebens-
mittel requiriert und die Hauptstädten und Vorküsten von den Be-
hörden übernommen. Die Mannschaft des „Saghet“ fand in den
Straßen und der Umgegend von Saint Pierre Haufen von Leichen,
alle ohne Kleider, die meisten mit furchtbaren Verletzungen, die
Einzelweide heraushängend. Bei einigen zeigten die Gesichter
einen ruhigen Ausdruck, bei andren unsagbaren Schrecken. Es
sind Wahregeln zur Verbeinung der Leichen getroffen worden.
Mit erschreckten Flüchtlingen angefüllte Dampfer sind in Fort
de France eingetroffen. Die Leute sagen, das Unglück habe
sich in weniger als 30 Sekunden ereignet. Sie schätzen die Zahl

der Umgekommenen auf 30 000. Nach den letzten Nachrichten ist die Stadt und das Fort von Saint Pierre völlig vernichtet. Von den Straßen ist keine Spur mehr vorhanden. Einige Häuser im Hafen sind allein übrig geblieben. Die Hospitalkirche blieb um 7.50 Uhr stehen. Alle Wertpapiere in den Kellern der Bank von Martinique wurden unberührt gefunden und nach Fort de France gebracht. Die Leichen einer Familie von neun Personen fand man in enger Umarmung. Der Kapitän eines Schiffes im Hafen rettete sich durch fortwährendes Tauchen.

Weitere Meldungen besagen:
New York, 12. Mai. In St. Thomas schätzt man die Zahl der auf St. Vincent Umgekommenen auf 500. Eine Meldung besagt, Fort de France sei bedroht.

London, 12. Mai. Ein Telegramm des Administrators der Insel Dominica an den Kolonialminister Chamberlain besagt, daß bei dem Ausbruch des Mont Pelée auf Martinique 40 000 Menschen ums Leben gekommen sind und 19 Schiffe im Hafen von St. Pierre ihren Untergang gefunden haben.

New York, 11. Mai. Nach einer Depesche aus St. Lucia ist der nördliche Teil der Insel St. Vincent durch einen gewaltigen Lavastrom zerstört worden. Kein Schiff kann sich der Nordküste der Insel nähern. Man schätzt die Zahl der Umgekommenen auf 200. Sechzig Personen sollen durch Blüthschlag ums Leben gekommen sein.

Paris, 11. Mai. Zu der Katastrophe auf der Insel Martinique wird weiter gemeldet: Die Ueberführung der Ueberlebenden nach Fort de France geschieht durch Dampfboote. Ein Kreuzer des Nordgeschwaders trifft Vorkehrungen, um heute mit Lebensmitteln nach Martinique abzugehen. 450 Ueberlebende sind auf einem französischen Dampfer in Fort de France eingetroffen; das Schiff kehrt sofort wieder nach St. Pierre zurück, um weitere Gerettete in Sicherheit zu bringen. Der Kapitän eines andern aus St. Pierre zurückgekehrten Fahrzeuges teilte mit, daß er die Stadt wegen der herrschenden gefährlichen Gegenströmung nicht anlaufen konnte; auch sei die Küste teilweise weggerissen, was die Landung sehr erschwere. Der Vulkan fährt fort, Lava auszupeilen, und die Versuche, an die Stadt heranzukommen, sind mit großer Gefahr verbunden.

Der deutsche Kaiser hat dem Präsidenten der französischen Republik wegen des Unglücks sein Beileid ausgedrückt und für die Opfer der Katastrophe 10 000 M. anweisen lassen.

Aus Fort de France werden folgende Einzelheiten über die Lage auf Martinique gemeldet: Die Meeresküste vor St. Pierre und das Meer selbst bis auf eine Entfernung von einer Meile vor der Küste sind mit Schiffstrümmern bedeckt. Boote können nur schwer landen. Die Keller der Bank von Martinique sind unversehrt geblieben, die Wertpapiere usw. im Betrage von zwei Millionen, die sich dort befanden, sind nach Fort de France gebracht worden. Nach den Gerüchten, wo sich der öffentliche Schatz und die Depots der Großkaufleute befanden, wird noch gesucht. Der Kommandant des Kreuzers „Suchet“ hat die Stadt und Umgegend durchsucht und berichtet, daß sich im nördlichen Teile der Insel große Spalten gebildet haben, daß das ganze Gelände sich in Bewegung befindet und daß sich plötzlich neue Klüfte bilden. Glücklicherweise ist dieser Teil der Insel ganz von der Bevölkerung geräumt. Viele Familien, die Besitztümer in St. Pierre hatten, sind ruiniert. Die Verbindungen mit Guadeloupe, St. Vincent, Santa Lucia, Granada, Trinidad und Barbados sind vollständig unterbrochen. Nahe an 4000 Personen, die aus Bourg de Précher gerettet wurden, sind nach Fort de France gebracht worden. Viele Einwohner von Martinique verlassen die Insel und begeben sich nach den benachbarten Inseln oder kehren nach Frankreich zurück.

London, 12. Mai. Der Korrespondent des „Bureau Laffan“ meldet aus Point à Pitre (Guadeloupe): Der Vulkan Mont Pelée auf Martinique, der früher 1350 Meter hoch war, ist jetzt nach dem Ausbruch nur noch 450 Meter hoch.

Paris, 12. Mai. Aus Anlaß des Unglücks, welches Martinique betroffen, hat Kaiser Nikolaus an den Präsidenten Loubet ein Telegramm gerichtet, in welchem der Kaiser seine und der Kaiserin aufrichtige Teilnahme anspricht.

Der König von England hat dem Hilfskomitee für die Opfer der Katastrophe auf Martinique 25 000 Fr. gesandt.

Paris, 12. Mai. Der Minister der Kolonien hat eine Depesche des Kommandanten des „Suchet“ erhalten, in welcher es heißt, daß es mit Hilfe des dänischen Kreuzers „Balthicus“ und des „Voyeur“ gelungen ist, die gesamte Bevölkerung von Bourg du Précher nach Fort de France zu bringen. Der Vulkan Pelée sei noch immer in Thätigkeit.

London, 12. Mai. Nach den letzten Nachrichten waren die Mehrzahl der Mannschaft des in Santa Lucia eingetroffenen Dampfers „Robdam“, die bei der Katastrophe von Martinique zum Teil ertrunken ist, zum Teil schwere Brandwunden davontrug. Deutsche, die in Hamburg an Bord gegangen waren.

London, 12. Mai. Der Verwalter der Insel Dominica telegraphiert: Die Katastrophe auf Martinique stellt sich als noch schrecklicher heraus, als sie die bisherigen Berichte darstellten. Flüchtlinge melden, daß sich neue Krater nach vielen Richtungen hin öffnen. Die Flüsse sind ausgetreten und weite Landstrecken an der Nordseite der Insel unter Wasser gesetzt. In andern Bezirken drängt sich die überlebende Bevölkerung zusammen. Es herrscht fortwährend fast völlige Dunkelheit. Ich glaube nicht, daß Guadeloupe für die unglückliche Insel genügend Hilfe bieten kann.

Versammlungen.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hielt am 8. Mai eine Versammlung ab, in der unter anderem über die Entgegnungen gesprochen wurde, welche der „Vorwärts“ auf die Auslassungen des „Correspondent“ betreffend die Geldunterstützung des belgischen Generalfreistills durch die Parteikasse der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht hat. Der Schriftführer des genannten Vereins sendet uns über diesen Teil der Versammlung den nachstehenden Bericht:

Der Vorsitzende Rassinier wies auf die in den letzten Wochen vom „Vorwärts“ erfolgten Publikationen hin, die sich mit den dem Verbands seitens des Parteivorstandes in den Jahren 1891/1892 beim großen Streik bewilligten Unterstützungssummen beschäftigten. Es sei dies darum unbedingt nötig, da hierdurch nicht mehr die Correspondent-Redaktion, sondern der Verband getroffen wird, und zwar leider nicht in dem Sinne, die nun einmal bedauerlicherweise bestehende Spannung zwischen der Partei und uns beseitigen zu helfen. Es sei doch ohne Zweifel als wenig fair zu bezeichnen, wenn einer Organisation einmal in der Notlage geleistete Hilfe auf solche in der Absicht der Herabsetzung gerichtete Weise vorgehalten wird, da doch die in der Arbeiterkassiererkasse erzielte gegenseitige Unterstützung der gegenseitigen Hilfe nicht mit Lob und Tadel bedacht zu werden braucht. Redner fragt, ob wir Buchdrucker jemals Dank gesagt haben für die Hilfestellungen, die wir andern Arbeitern getan haben; solches sei Ehrensache jedes aufgestellten Arbeiters und deshalb die Stellungnahme des „Vorwärts“ doppelt unerträglich; es sei unsere Pflicht, dagegen zu protestieren, da hier von so einflussreicher Stelle unsere Organisation, die durch Jahrzehnte hindurch in vorderster Linie für die Arbeiterinteressen in Deutschland gekämpft hat, in der Absicht, sie in den Augen der übrigen Arbeiter herabzusetzen, glossiert wird.

Gewiß sei zu verstehen, daß die Mittel der Parteikasse nicht für gewerkschaftliche Bewegungen genommen werden können, aber man sollte, wenn das einmal geschehen ist, darauf verzichten, solches bei öfteren Gelegenheiten nur zu gegenüber rühmend hervorzuheben. Im übrigen habe der Berliner Verein von der Parteikasse 1892 3000 M. Unterstützung oder als Darlehen erhalten, was nicht klar festgestellt werden könnte; hätten wir gewußt, daß diese Unterstützung einmal dazu dienen sollte, ein Mittel zu sein, um unsere Organisation zu bekämpfen, und noch dazu von dieser Seite, so wäre diese Summe selbstverständlich zurückgezahlt worden, genau wie der Verband die dem Leipziger Verein gegebene von 20 000 M. in kürzester

Zeit beglichen hat, da wir glücklicherweise über Mittel verfügen, die uns gestatten, nicht nur unsere Verpflichtungen nachzukommen, sondern auch anderen Arbeitern, sobald sie Hilfe bedürfen, solche gewähren zu können.

Kollege Jaber als Kassierer der damaligen Streikkasse giebt darüber Auskunft, daß diese Summe nach Beendigung des verlorenen Streiks für die Ausgesperrten gegeben worden ist und die Absicht der Zurückzahlung vorlag, welche aber nicht stattfinden konnte, da der darauffolgende Parteitag die Summe niederschlug. Es seien damals von der Berliner Arbeiterkassiererkasse, aus Wahlkreisen, einzelnen Personen und aus Listen ca. 42 000 M. aufgebracht worden, wozu die Summe von 68 000 M. von den während des Streiks in Berlin arbeitenden Kollegen komme. Redner hält die Verschärfung der Situation durch das so einflussreiche Zentralorgan der Partei ebenfalls nicht für richtig. Die Kollegen Sachs, Edel, Schadebach und zwei weitere Redner finden die Ursache dieser Polemik in der Bemerkung des Kollegen Rezhäuser in dem Artikel, der den belgischen Generalfreistill behandelt, trotzdem sie sich mit dem sachlichen Inhalt desselben völlig einverstanden erklären; sie halten seine Schreibweise gegen die Partei in vielen Fällen für zu hart. Von Kollegen Döblin wurde Auffklärung gegeben über die Schritte, die seiner Zeit getan worden seien, um von der Parteikasse Gelder geliehen zu bekommen; wie er mit Depeschen, die die Ankunft von Mitteln aus England anmeldeten, zur Fraktion im Reichstage gegangen ist, um auf diese hin ein größeres Darlehen zur Hilfe aus der augenblicklichen prekären Lage zu erbitten, aber auch dieses abgelehnt wurde. Wenn die Leipziger Kollegen damals 20 000 M. erhalten haben, so sei solches nur dem Willen der dortigen einflussreichen Parteigenossen zu verdanken; diese Summe wurde im nächsten Jahre vom Zentralvorstande zurückgezahlt. Wenn man also alles in allem betrachtet, könne man nur bösen Willen der leitenden Parteiführung gegen unsere Organisation annehmen, wie es in den Ausführungen der Parteiredner im Reichstage sich zeige, wo man den Führern des Verbandes vorwerfe, sie streben danach, die Bahn des Verbandes in ein andres, nicht einer modernen Arbeiterorganisation entsprechendes Fahrwasser zu lenken, oder in der beleidigenden Kennzeichnung des Verbandes im historischen Kalender, sowie auch jetzt wieder in der Kritik des gewöhnlichen Artikels über die belgischen Verhältnisse, wo man schrieb, daß der „Correspondent“ den kämpfenden Brüdern in Belgien in den Rücken gefallen sei. Trotzdem haben verschiedene Parteiblätter in Deutschland ihr Einverständnis mit den Ausführungen dieses Artikels zum Ausdruck gebracht. Redner meint, daß die Angriffe gegen unsere Organisation in Zukunft auch nicht unterbleiben werden, da anscheinend die selbständige Gewerkschaftsbewegung leitenden Parteiführern ein Dorn im Auge ist. Er hält es für selbstverständlich, daß jeder als politischer Mitbürger sich der Partei anschließen muß, die seine Interessen im öffentlichen Leben vertritt, und wenn eine sozialdemokratische Partei nicht bestünde, diese geschaffen werden müßte, so doch aber auf gewerkschaftlichem Gebiete der Weg einzig richtig ist, den unser Verband zu seinem Nutzen seit Jahrzehnten befolgt. Nachdem noch mehrere andre Redner sich gegen das Verhalten des „Vorwärts“ gewendet hatten und die verschiedentlichen scharfen Stellungnahmen des „Correspondent“ gegen die Partei mit der Wagnis erklärt hatten, daß auf einen groben Klop auch ein grober Keil gehöre, und man in so vielen Parteiblättern auf das ungerechtfertigte gegen uns lämpfe, reanimierte Kollege Rassinier die Aussprache dahin, daß hoffentlich der „Vorwärts“ Veranlassung nehmen wird, nicht mehr die Spannung zwischen Buchdruckern und Partei verschärfen zu helfen. Sollte solches nicht geschehen können, so würde selbstredend unsere Organisation darum in ihrer Entwicklung kaum beeinträchtigt werden, ebensowenig wie auch die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, die sich immer kräftiger entfaltet, aber da doch nur die Interessen der Arbeiter vertreten werden könnten, indem die Kräfte gesammelt, nicht gespalten werden, so sei zu hoffen, daß auch das Zentralorgan der Partei seine Stellungnahme der Buchdrucker-Organisation gegenüber ändere.

Zu den vorstehenden Ausführungen bemerken wir, daß es der „Correspondent“ war, welcher die von Rassinier und Döblin so scharf kritisierten Auslassungen des „Vorwärts“ veranlaßt hat. Der „Correspondent“ sagte — und zwar, wie er ausdrücklich bemerkte, mit Absicht — daß der Parteivorstand ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit überraschend schnell Geldmittel für den Generalfreistill flüssig gemacht habe. Demgegenüber waren wir zu dem Hinweis genötigt, daß für den Buchdruckerstreik im Jahre 1891 ebenfalls Gelder der Parteikasse flüssig gemacht worden sind. Eine Thatsache, die Rezhäuser absichtlich ignoriert hat, denn sonst hätte er ja die oben angeführte, gegen die Partei gerichtete Bemerkung nicht machen können. Unre Erwiderung richtet sich lediglich gegen die häßliche Bemerkung des „Correspondent“. Wenn Rassinier — vorausgesetzt, daß der uns zugegangene Bericht seine Ausführungen richtig wiedergibt — in der einfachen Feststellung einer Thatsache die Absicht einer Herabsetzung der Buchdrucker-Organisation sieht und wenn er gar meint, die damalige Herabgabe der Gelder solle jetzt dazu dienen, die Buchdrucker-Organisation zu bekämpfen, so ist das eine Auffassung, zu der man ohne Voreingenommenheit nicht kommen kann. Wenn wir das Wort nehmen müßten gegen Verunglimpfungen der Partei durch den „Correspondent“-Redakteur, so haben wir stets betont, daß wir die Organisation der Buchdrucker nicht verantwortlich machen für die Auslassungen Rezhäusers. Das sollte doch auch den Leitern der Buchdruckerorganisation bekannt sein. Es ist uns unverständlich, wie Döblin in unserer durch Rezhäuser provocierten Auslassung bösen Willen gegen die Organisation der Buchdrucker erblicken kann. Der Versammlungsbericht läßt Döblin sogar sagen, wir hätten dem „Correspondent“ vorgeworfen, er sei den belgischen Arbeitern in den Rücken gefallen. Davon steht in dem, was wir in dieser Angelegenheit geschrieben haben, kein Wort. Auf die weiteren Redensarten, daß leitenden Parteiführern eine selbständige Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sei, wollen wir nicht eingehen. Wer die Partei- und Gewerkschaftsbewegung kennt, der weiß, daß diese Redensarten auch nicht die geringste Begründung haben. Ebenso unbegründet ist es, wenn in der Versammlung gesagt wurde, wir trügen zur Verschärfung der Spannung der Partei und den Buchdruckern bestehenden Spannung bei. Wenn Rassinier und Döblin die durch einen böartigen Angriff des „Correspondent“ provozierte Erwähnung einer bekannten Thatsache für eine Beleidigung der Buchdrucker-Organisation halten, so ist das eine Auffassung, die kein unbefangener Mensch teilen kann. Wenn ihnen die Feststellung dieser Thatsache unangenehm ist, dann mögen sie Herrn Rezhäuser, der uns zur Abwehr genötigt hat, dafür verantwortlich machen. Wir werden uns durch die Empfindlichkeit einzelner Mitglieder des Buchdrucker-Verbandes nicht abhalten lassen, die Angriffe Rezhäusers auf die Partei, die wir gewöhnlich ignorieren, gelegentlich, wenn sie das zu Tübende überdrehen, zurückzuweisen. Wir sind überzeugt, und der Verlauf der Versammlung hat es ja auch gezeigt, daß bei weitem nicht alle Mitglieder der Buchdrucker-Organisation sich durch unbegründete Aufregung zu ungerechter Beurteilung der Partei und ihrer Organe hinreißen lassen, daß nicht alle Mitglieder der Meinung sind, daß der „Correspondent“ zwar das Recht habe, manufest gegen die Partei die schwersten und unbedingtesten Angriffe zu richten, daß es aber ein schwerer Frevel ist, wenn die Partei und ihre Organe sich einmal herausnehmen, einen Angriff abzuwehren. Wir müssen gestehen, daß uns an den Ausführungen der führenden Redner am allerunangenehmsten berührt, daß sie den ersten Angriff ihres Organs mit keinem Worte mißbilligen, dafür aber den Aufsehn erwecken, als ob der „Vorwärts“ mutwillig Händel gesucht habe. Die Polemik mit dem Organ und der Zeitung des Buchdrucker-Verbandes wäre um vieles erquicklicher und fruchtbarer, wenn man sich nicht immer in der Rolle der beleidigten Unschuld gefiele. Wer angreift, muß sich auch zum Angriff bekennen und darf nicht darüber klagen, daß der Gegner so böartig sei, den Schlag zu parieren.

Die „Wahrheitsliebe“ der Hirsch-Dunderländer fand in einer am Sonntag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes ihre gerechte

Würdigung. In der letzten Nummer des „Regulator“, Organ des Gewerkschafts deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) befindet sich nämlich eine in der Hauptsache völlig falsche Darstellung über die Beendigung des Streiks bei der Firma Klmann-Mariensfeld. Es heißt da, der wahre Grund der plötzlichen Streikbeendigung liege in der — Raifeier. Und wörtlich: „Die Arbeitgeber haben beschlossen, wer am 1. Mai nicht zur Arbeit erscheint, wird auf eine bis zwei Wochen ausgesperrt, und da die große Kasse, wie bereits mitgeteilt, diesen verächtlichsten aller Feiertage mitfeiern wird, so bedarf der Verband Mittel, um die Ausgesperrten zu unterstützen und deswegen wird ein wirklicher, berechtigter Kampf der Arbeiter auf solche unglückliche Weise beendet.“

Der Vorsitzende Cohen rief den Anwesenden noch einmal den Verlauf jenes Streiks ins Gedächtnis. Danach ist der Streik lediglich deshalb als aussichtslos angesehen worden, weil sich in der Fabrik bereits ebenso viele „Arbeitswillige“ eingefunden hatten, als Streikende vorhanden waren, so daß der Unternehmer schon dazu übergehen konnte, die weniger brauchbaren Elemente unter den Arbeitswilligen auszuheben. Es sei also entweder Thorheit oder Unwissenheit, zu behaupten, daß der Streik aufgehoben wurde, um die dadurch ersparte Streikunterstützung den zu erwartenden Gemahregelten vom ersten Mai zumuten zu lassen. Das Letztere erübrige sich auch schon deshalb, weil nach der Beendigung eines Streiks die vollberechtigten Mitglieder auf Kosten der Hauptkasse so lange ihre volle Unterstützung beziehen, bis sie wieder in Arbeit stehen. Von der Unterdrückung eines berechtigten Streiks könne also keine Rede sein. — Da von der Zeitung des betreffenden Hirsch-Dunderschen Vereins niemand zur Verteidigung jener Notiz erschienen war, der einzige Anwesende jener Richtung aber nur sehr unklare Antworten auf die ihm gestellten Fragen gab, so wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die das Geschriebene in „Regulator“ als wahrheitswidrig kennzeichnet. Gleichzeitig gab die Versammlung ihrem Unwillen Ausdruck über die Art, wie das Hirsch-Dundersche Blatt sich über die Raifeier auszulassen beliebt.

Eine Preisversammlung gegen die Arbeitsordnung der Personen-Lohnfahrwerks-Junung hielten die Droschkenfahrende Vereine und der Sorocite in der vergangenen Woche ab. Nach einem Referat und einer längeren Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die versammelten Droschkenfahrende Vereine und der Umgegend erheben energisch Protest gegen die Anwendung des § 4 der Arbeitsordnung der Personen-Lohnfahrwerks-Junung. In Anbetracht des Umstandes, daß die ganze Arbeitsordnung der Personen-Lohnfahrwerks-Junung ungesetzlich ist, da der Gehilfenausschuß dieselbe abgelehnt und der Junungsvorstand nicht die Genehmigung der Aufsichtsbehörde für dieselbe eingeholt hat, sowie in weiterer Erwägung, daß einzelne Aufsichtsherren wegen nicht genügenden Verdienstes mit ihrem Droschken oder aus andern wichtigen Gründen entlassen worden sind, nachdem sie schon zu arbeiten angefangen hatten, bei Geltendmachung ihres Rechtsanspruches vom Junungs-Schiedsgerichte aber auf Grund des § 4 besagter Arbeitsordnung abgewiesen wurden, verpflichten sich die Versammelten, bei den Aufsichtsherren dahin vorstellig zu werden, daß diese die ungesetzliche Arbeitsordnung außer Kraft setzen.“

Der Boeren-Krieg.

Ueber den bisherigen Verlauf der Friedensverhandlungen

führt der Korrespondent des „Reuterischen Bureau“ in Pretoria in einem vom 19. April datierten Schreiben aus, alle damals in Pretoria anwesenden Delegierten der Boeren seien aufeinander wohlwollend gewesen, mit Ausnahme Steijns, der außer an den Augen auch an den Nerven leide und dessen Zustand sehr schlimm zu sein scheint. In der ersten am 12. April abgehaltenen Konferenz stellten die Delegierten als Basis der Verhandlungen die Forderung der Unabhängigkeit auf, für deren Bewilligung den Niederländern ein liberales Wahlrecht zugestanden werden sollte. Auch wollten die Boeren ihre Forts schleifen. Als diese Forderung von der britischen Regierung abgelehnt wurde, legten die Delegierten eine Reihe von Bedingungen vor, auf deren Bewilligung sie den Boeren raten würden, sich zu ergeben. In diesem Stadium der Verhandlungen trat der Oberkommissar Milner ein und nahm mit Rücksicht an allen weiteren Konferenzen teil. Die Forderung der Boeren, ihre Waffen behalten zu dürfen, wurde ohne weiteres abgelehnt, die britische Regierung kam ihnen aber in der Frage der Entschädigung für die niedergebrannten Farmen und der Wiederausstattung derselben weit entgegen und erhob auch keine Schwierigkeiten hinsichtlich der geforderten Amnestieung der Aufständischen aus der Kapkolonie. Die Delegierten gaben zu, daß diese Leute eine Strafe für die Rebellion treffen müßten, hofften aber, daß diese Bestrafung in nicht mehr als einer Entziehung des Bürgerrechts bestehen werde. Es scheint, als ob diese Frage keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geschaffen habe. Die britische Regierung hat es dagegen abgelehnt, schon jetzt den Tag für die Einführung der repräsentativen Regierung zu bestimmen. Dies war überhaupt der springende Punkt der ganzen Verhandlungen. Im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, daß Steijns Fanatismus noch keinerlei Mäßigung erfahren hat. Zum Stillstand kamen die Verhandlungen, weil Steijns und Schall Burger erklärten, daß sie keine Vollmachten besäßen. Es wurde ihnen dann bis zum 15. Mai Zeit gegeben, mit den Boeren zu konferieren. Eine Gewißheit, daß die Boerenführer beabsichtigen, sich zu ergeben, besteht somit nicht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhand.

London, 12. Mai. (W. T. W.) Chamberlain erklärt in einer an Howard Vincent gerichteten schriftlichen Antwort: um die gänzliche Abschaffung der Judenprämien zu sichern, sei es nötig gewesen, darauf einzugehen, daß fremde und britischer Kolonialjuden in den Stand gesetzt werden, auf dem englischen Markte unter gleichen Bedingungen zu konkurrieren. Ein bestimmter Zeitpunkt für die Beratung der Brüsseler Judenkonvention könne zur Zeit nicht festgesetzt werden.

140 000 Arbeiter im Auslande.

Seranton (Pennsylvanien), 12. Mai. (W. T. W.) Der Vorsitzende des Vereinigten Grubenarbeiter-Verbandes erklärte heute, die Einstellung des Betriebes in den Anthrazit-Bezirken sei vollständig. Es folgten jetzt annähernd 140 000 Männer und junge Burschen.

Wien, 12. Mai. (W. T. W.) Das Landesgericht verwarf als Verurteilung den Helmut von Nikolaus de Szemere, welcher in dem Prozeß wegen Pokardspiels im Jodendklub zu 1000 Kronen Geldstrafe und Ausweisung aus Oesterreich verurteilt worden war.

Shanghai, 12. Mai. (W. T. W.) Wie aus Peking verlautet, hat der russische Gesandte gegen das neue englisch-sichische Eisenbahn-Abkommen, insbesondere auch gegen das darin vorgesehene fremde militärische Subdirektorium, bei der chinesischen Regierung nachdrücklich protestiert. Auch der Vertreter Amerikas soll dem Abkommen wenig Sympathie entgegenbringen. Nach russischer Versicherung enthielt das Abkommen einen Artikel, durch den anerkannt wird, daß der Eisenbahngesellschaft auch Konzessionen zwischen für Linien von Tientsin nach Peking, von Tientsin direkt nach Tangshan und von Peking in der Richtung auf Kalgan.

Die deutschen Städte gegen den Lebensmittelwucher.

Es mochten gestern vormittag wohl an die achthundert Bürgermeister, Stadträte und Gemeindevorsteher im großen Saal des Kaiserhofs versammelt sein, um gegen die drohende Zollerschöpfung auf Lebensmittel Stellung zu nehmen. Das es unter den Anwesenden über die abschüssig eng begrenzte Frage, die zur Erörterung stand, keine Meinungsverschiedenheit gab, war von vornherein klar; die Versammelten, welcher Parteirichtung sie auch sonst angehört hätten, waren einig in der Ueberzeugung, daß die Brotwucherpolitik ein Verderben ist für die Gemeinden, deren Wohl und Wehe ihnen am Herzen zu liegen hat, daß sie ein Verderben ist im weiteren Sinne auch für die Kleinbäuerlichen und Mittelständischen, die in ihrer Verblendung Vorteile zu ergattern wähnen, wenn sie dem Trost der Junker Gesellschaft leisten.

Und die Versammelten mochten ferner, soweit sie den bürgerlichen Parteien angehörten, das Gefühl haben, daß endlich ein lautes, entschiedenes Wort gesprochen werden müsse gegen eine Politik, die trotz ihres künftigen Charakters doch die Gemüter des Bürgertums bis jetzt nur wenig in Bewegung gesetzt hat, gegen die eine ruhige, merkbare Agitation in der Volksmasse, wie der erste Referent, Oberbürgermeister Gauß-Stuttgart in seinem durchweg sympathischen Vortrag betonte, bisher nur die Socialdemokratie entfaltet hat.

Mag die Versammlung viel oder wenig nützen, auf jeden Fall hat sie gezeigt, daß auch das Bürgertum seine Interessen durch die Junkerpolitik gefährdet hält und die Notwendigkeit eintritt, für einige Augenblicke wenigstens aus dem politischen Schlaf sich aufzuwecken.

Für unsere Parteigenossen, soweit sie den Stadtverordneten-Versammlungen als Vertreter der Arbeiterschaft angehört, war die Stellung zu dieser Versammlung klar; sie hatten alle Ursache zu zeigen, daß sie, die eigentlichen Träger des Kampfes gegen den Brotwucher, auch hier am Platze waren, und sie konnten, ohne ihrer grundsätzlichen Stellung zur Zollpolitik im ganzen etwas zu vergeben, mit gutem Gewissen der vorgeschlagenen Resolution zur Annahme beistimmen. Die aus dem Lebensmittelwucher drohende Gefahr erkennend, waren die socialdemokratischen Gemeindevorsteher in der stillen Zahl von 68 Mann anwesend, und zwar aus Berlin 23, aus Charlottenburg 2, aus Nixdorf 4, aus Schöneberg 4, aus Wilmersdorf 1, aus Velen 2, aus Spandau 4, aus Staudenbourg 6, aus Rathenow 2, aus Post (Sausch) 4, aus Leipzig 3, aus Stuttgart 1, aus Kassel 1, aus Frankfurt 1, aus Wpolda 1, aus Chemnitz 3, aus Magdeburg 3, aus Bremen 1, aus Delmenhorst 1.

Ob es notwendig war, daß der Leiter der Versammlung, Herr Oberbürgermeister Kirchner, in seinen Begrüßungsworten den nicht offiziellen Charakter der Versammlung betonte, bleibe dahingestellt; wir wollen auch nicht weiter darüber richten, ob zur äußeren Kennzeichnung des nichtoffiziellen Charakters statt des Rathsaal-Saales ein Privatraum genommen werden mußte.

Inmehrin ist in unseren Tagen, wo das Bürgertum sich immer seltener gegen Regierungs- und Junkerpolitik ermannt, die Versammlung ein Ereignis zu nennen. Die Demonstration nahm folgenden Verlauf:

Oberbürgermeister Kirchner wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Als Vorkämpfer wurden auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Kirchner bestimmt die Oberbürgermeister Haken-Stettin, Gauß-Stuttgart, Bender-Breslau, die Stadtverordneten-Vorsteher Hummel-Frankfurt a. M., Dr. Langerhans-Berlin, Krohne-Königsberg, Hesse-Rürnberg, Weiß-Rarlsruhe, Kewinkel-Posen.

Es nahm sodann Oberbürgermeister Kirchner das Wort zu folgenden Ausführungen: Der Gedanke, Stellung zu den Zollfragen zu nehmen, ist schon 1900 in dem Kreise der Vertreter der Städte auf dem preussischen Stadttage erwogen worden. Es ist damals von der Erörterung des Themas Abstand genommen worden. Wenn ich die damaligen Beratungen richtig verstanden habe, so geschah es aus zwei Gründen: Einmal war man sich bewußt, daß diese Frage keine speziell preussische ist, sondern alle deutschen Städte in gleichem Maße angehe. Zweitens hatte damals die Regierung zu der Frage noch keine bestimmte Stellung genommen, und es erschien deshalb angemessen, von einer Erörterung in städtischen Kreisen vorläufig Abstand zu nehmen. Als aber später der Zolltarif bekannt wurde, ist in Berliner städtischen Kreisen aufs neue die Frage ventilirt worden, ob es nicht jetzt angemessen sei, daß sich weitere städtische Kreise mit der Frage befassen. Eine Rundfrage ergab aber, daß bei wesentlicher Uebereinstimmung in der Sache viele Städte doch Bedenken hatten, ob es angemessen sei in der Sache vorzugehen, weil man abwarten wollte, welche Stellung der Reichstag einnehmen werde. Deshalb wurde damals auch vorläufig von einer Aktion Abstand genommen. Wundersdinge erachtete das Komitee aber, als sich die Verhältnisse immer weniger klären wollten und als ein Ende im Reichstag nicht abzusehen war, es an der Zeit, daß die Städte eine bestimmte feste Stellung gegenüber den Lebensmittel- und Zollwucherfragen und zur Vertragspolitik nehmen. Meine Herren! Sie erscheinen hier nicht als Vertreter der Städte mit offiziellem Mandat, über die Zustimmung zu unserer Einladung und die später noch bekannt zu gebende Präsenzliste werden bezogen, daß es kaum ein größeres städtisches Gemeinwesen in Deutschland gibt, das nicht die Anschauungen, von denen das einberufene Komitee ausgegangen ist, teilt. (Lebhafte Beifall.) Wie haben der Versammlung eine feste Stellungnahme vorgezogen. Unsere Resolution lautet:

Die heute in Berlin versammelten Mitglieder deutscher städtischer Gemeindebehörden sprechen sich unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den Zollfragen gegen jede Erhöhung der Höhe auf menschenwürdige Lebensmittel aus und erwarten gleichzeitig, daß die gesetzgebenden Faktoren auf die Festsetzung und den Ausbau der bewährten Politik langfristiger Handelsverträge bedacht sein werden.

Redner bemerkt zum Schluß noch: Die Worte: unbeschadet ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zu den Zollfragen sollen zeigen, daß es sich für uns nicht um die Festsetzung theoretischer wirtschaftlicher Prinzipien handelt. Wir wollen als praktische Männer Stellung nehmen. Die Worte sind so gewählt, um allen Kreisen die Zustimmung möglich zu machen, auch solchen, welche in Zollfragen theoretisch auf einem andern Standpunkt stehen. Es soll auch denen, welche principiell gegen jeden Zoll sind, möglich sein, der Resolution zuzustimmen. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende teilte dem noch mit, daß an Stelle des durch Trauerfall verhebrachten Stadtrats Haken Stadtrat Dr. Weigert-Berlin das zweite Referat übernommen habe.

Als erster Redner zum Zolltarif sprach dann Oberbürgermeister Gauß-Stuttgart. Der vom Norden veranlaßte Protest habe im Süden lebhaften Widerhall gefunden. Für die Städte hätten sich die Zustände so angebahnt, daß sie sich sagen müßten: was res agitur. (Lebhafte Beifall.) In seinem Bericht sei es vorgezogen, daß die Städte die Verwertung städtischer Interessen aufgeben müssen, wenn diese Frage politischen Charakter aufweise. (Lebhafte Beifall.) Die städtischen Interessen berühren vielfach Fragen, die mit der Politik im engen Zusammenhang stehen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Zolltarif mit seinen Erhöhungen der Rohprodukte und der Inlandspreise wird den Abfall im Inland und Ausland vermehren. Damit hängt zusammen Arbeitslosigkeit, Sinken der Löhne und Herabdrücken der Lebenshaltung, sowie Verdrängung von Kapital und Arbeit nach dem Ausland. (Beifall.) Dieser Ansicht werde man einwenden, schiene zu widersprechen, daß sich der Bund der Gewerkschaften mit den Großgrund-

besitzern für Schutzzölle verbündet habe. Das finde seine Erklärung darin, daß eine Schutzzollmauer die Bildung von Syndikaten und Ringen fördern werde. Durch hohe Inlandspreise hoffe man sich auf Kosten der Arbeiter und Konsumenten schadlos halten zu können. Redner legt dann dar, daß neben den Arbeitern auch die Handwerker durch den Zolltarif geschädigt werden würden. Nutzen würden auch nicht die kleinen Landwirte ziehen, sondern nur die Großgrundbesitzer. (Lebhafte Beifall.) Die Annahme des Zolltarifs würde ein nationales Unglück bedeuten. (Stürmischer Beifall.) Man müsse sich fragen, wie es möglich war, daß die Regierung einem solchen Entwurf zustimmen konnte, und wie der Reichstag sich mit demselben so lange befassen kann. (Beifall.) Es handelt sich bei dem ganzen Entwurf um eine städtefeindliche Tendenz. Der alte Haß gegen die Städte kommt hier wieder zu Tage. Man blickt schief auf die Entwicklung der Städte. Er wolle die Städte nicht rühmend herausstreichen; was wäre Deutschland ohne die Städte. (Lebhafte Beifall.) Man könnte auch fragen, wer die Militärlasten tragen sollte. Wo würde die Weltmachtpolitik bleiben, die gerade von denjenigen getragen werde, welche die Städte schädigen wollen. (Anhaltender Beifall.) Das Schlagwort von den reichen Städten und dem armen Lande brauche er in dieser Städtevertreter-Versammlung wohl nicht erst zu widerlegen. Sie wüßten alle, daß die Mehrzahl der Städtebewohner schwer und hart um ihr Dasein kämpfen müsse und daß ihre Lebenshaltung eine bedeutend ungünstigere ist, als die derjenigen Kreise, denen die Vergünstigungen des Zolltarifs allein zu gute kommen würden. (Lebhafte Beifall.) Nach alledem ist es Pflicht der Städte, mit allen Mitteln gegen den Zolltarif einzutreten, nicht, weil sie etwas für sich herauszuschlagen wünschen, sondern weil sie überzeugt sind, daß das Allgemeinwohl im Gefahr liege. Er erwarte einstimmige Annahme der Resolution. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Der zweite Referent Stadtrat Dr. Weigert-Berlin behandelte die Notwendigkeit langfristiger Handelsverträge an der Hand eines reichen statistischen Materials. Er wies auf den schädlichen Einfluß der Capriolischen Handelsvertragspolitik, die nicht aufgegeben, sondern erweitert werden müsse. (Beifall.) Er bitte um Annahme der Resolution. Die anwesenden Vertreter handelten damit nicht nur im Interesse des Vaterlandes und des Allgemeinwohles, sondern auch des — jenseits, der am besten auf wirtschaftlichem Wege verwirklicht werden könne. (Andauernder Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner dankt den Rednern und hofft, daß die Worte nicht nur in diesem Saale, sondern auch an den Stellen, in deren Hand die Entscheidung liegt, Widerhall finden mögen. (Stürmischer Beifall.) Das Wort wird weiter nicht verlangt und die Resolution angenommen. Oberbürgermeister Kirchner: Ich konstatiere die einstimmige und einmütige Annahme und schließe die Versammlung. (Andauernder Beifall.) Beitreten waren 77 Städte, darunter Altona, Bernburg, Benzen, Bremen, Cassel, Chemnitz, Kottbus, Dresden, Frankfurt a. M. u. a. D., Greifswald, Hagen, Leipzig, Magdeburg, Königsberg, Nürnberg, Stettin, Stuttgart, Tilsit, Thorn, Gotha, Gletwitz, Görlitz usw. Schluß gegen 1 Uhr.

Vierte Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Mainz, 10. Mai 1902.

Die Sonnabend-Sitzung wird mit der Erledigung der Diätenfrage begonnen. Nach kurzer Debatte wird in namentlicher Abstimmung mit 63 gegen 20 Stimmen ein Satz von 12 M. täglich angenommen. Als Sitz des Vorstandes verbleibt Stuttgart, als Sitz des Ausschusses Berlin. Zur Vorstandswahl erinnert Schmidt-Berlin daran, daß in einer früheren Sitzung von den Ehrenmitgliedern des ersten Vorsitzenden die Rede gewesen und Aloß erklärt habe, daß er diese samt und sonders zu gegebener Zeit abgeben werde. Er glaube hier namens des Verbandstages auszusprechen zu dürfen, daß dieser keinen triftigen Grund zu dieser Maßregel erblickt. (Allgemeine Zustimmung.) Wollte Aloß, um sich eine gewisse Erleichterung zu verschaffen, für den Reichstag nicht mehr kandidieren, so genüge dies voll und ganz. Das Amt eines Abgeordneten für den württembergischen Landtag sowie eines Stuttgarter Gemeindevorsetzers möge er aber behalten. Es sei ganz selbstverständlich, daß in Verbindung des ersten Vorsitzenden der zweite dessen Arbeiten erledigt. Dafür sei ja die Stellvertretung eingeführt. Auch eine Verchiebung der beiden Posten erachtet sich. Die gelöste Ruhe ist bei Lohnkämpfen eine unschätzbare Eigenschaft, die wir im Verband Interesse gern vermehren möchten. Er fordere daher Aloß namens des Verbandstages auf, von seiner geäußerten Absicht abzustehen. Im übrigen erwidert die Kommission, sämtliche bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählen, was denn auch per Zettelwahl einstimmig begw. nahezu einstimmig geschieht. Die Gehaltsstaffeln sollen abwärts am 1. Juni eintreten, bei neuereintretenden Beamten auch mindestens ein Jahr bis zum Eintritt der Gehaltserhöhung verfloßen sein. Die Urlaubszeit der Bureaubeamten wird von acht auf vierzehn Tage verlängert. Einige bezüglich der Kaiserer vorliegende Anträge werden abgelehnt, nachdem Schneegah gewarnt hat, die Mitglieder in dieser Hinsicht zu zwingen. Ein Antrag auf Herausgabe einer Verbandsgeschichte wird dem Vorstand zur Verdissektion überwiesen. Hierbei wird der Wunsch geäußert, daß die Mitglieder mehr als bisher das Verbandsarchiv in Stuttgart berücksichtigen mögen.

Die nunmehr vorgenommene Statutenberatung zeitigt eine große Reihe von Änderungen, von welchen einige der wichtigsten citiert werden mögen. In Zukunft soll nach dreijähriger Mitgliedschaft auch den unverheirateten Mitgliedern ein Sterbegeld von 25 M. gewährt werden. Die Lokalstellen, die bei den jetzigen geringen Beiträgen 30 Proz. der Einnahmen für ihre Zwecke verwenden dürfen, erhalten in Zukunft bei den erhöhten Beiträgen 25 Proz., was eine bedeutende Erhöhung bedeutet. Bezüglich der besoldeten Gauvorsteher wird auf Antrag Berlin beschlossen, daß diese Wahl der Vorstand zu treffen hat. Dem Ausschuss bleibt das Besetzungsrecht vorbehalten. Die Gaue haben nun alle zwei Jahre in der Zeit vor dem Verbandstage stattzufinden. Aufwendungen für Gauevents sollen in Proklamationen dürfen aus Verbandsmitteln nicht gemacht werden. Auf je 1000 Mitglieder ist in Zukunft ein Delegierter zum Verbandstage zu wählen. Dem Vorstand in Verbindung mit dem Ausschuss wird die Vergütung erteilt, in außerordentlichen Fällen, wo Gesetzgebung oder Gerichtspraxis dies notwendig machen, Statutenänderungen vorzunehmen. Auch folgende Resolution wurde gelangt zu einstimmigen Annahmen:

Der Verbandstag verpflichtet die auf längere Dauer zur Agitation hinausgeschickten Kollegen, einen lutzgedrängten Agitationsbericht der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu liefern, um dadurch eine Einzelberichterstattung an den vielen Orten zu vermeiden. Die Berichterstattung soll sich nicht erstrecken auf eine Wiedergabe der gehaltenen Referate, sondern nur auf die persönlichen Eindrücke, welche der Referent über das Interesse der Kollegen an der Organisation empfindet, über die Erfolge und Arbeits- und Lohnverhältnisse, soweit es ihm möglich war, ein allgemeines Bild über dieselben zu bekommen. — Des weiteren werden die Gauvorsteher verpflichtet, bei ihren eventuellen Mitteilungen bei Schlichtungen von Differenzen selbst die Berichtserstattung zu übernehmen und solche nicht den Kollegen am Orte zu überlassen.

Nach einigen minder wichtigen Beschlüssen wird über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung verhandelt. Die Beitragsgröße von 35 Pf. wird kommissionsseitig auch für tatsächlich durch die Arbeitslosigkeit als gegeben betrachtet. Als Termin der Einführung der erhöhten Beiträge wird der 1. April 1903, als solcher der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung der 1. April 1904 festgesetzt. Die sonstigen Bestimmungen sind rein geschäftlicher Natur.

Als Ort des nächsten Verbandstages liegen eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Nach ziemlich lebhafter Debatte wird durch Abstimmung Leipzig als Ort des nächsten Verbandstages bestimmt und zwar mit erdrückender Majorität. In seinem Schlußwort weist der erste Vorsitzende des Verbandes, Aloß-Stuttgart, darauf hin, daß die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung die folgenreichste sei, die den Verbandstag beschäftigte. Auch die bisherigen Gegner dieser Institution mögen nunmehr in Betätigung des proletarischen Solidaritätsgefühls zu Hause aus allen Kräften danach trachten, daß die Einkünfte im Verbands hochgehalten wird. Um 1/2 Uhr nachmittags wurden die Verhandlungen des Verbandstages geschlossen.

Dreizehnter Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauer und Berufsgehilfen.

Der Verbandstag verhandelte vom 4. bis 8. Mai im Saale des Harmonia-Gesellschaftshauses zu Hamburg.

Anwesend waren 54 Delegierte. Dem gedruckt vorliegenden Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes, der die Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1902 umfaßt, entnehmen wir folgendes: Die letzte Geschäftsperiode war eine ruhigere als die vorhergehende. Die letzten zwei Jahre waren daher auch mehr dem inneren Ausbau der Organisation gewidmet. Von den im Jahre 1900 stattgefundenen Bewegungen waren 59 mit, 9 ohne Erfolg. Im Jahre 1901 bis 1. April 1902 waren 41 Lohnbewegungen mit, 5 ohne Erfolg. In 97 Orten hat die Organisation zu Gunsten der Brauer- und Arbeiter in dieser zweijährigen Periode Bewegungen geführt. Die Zahl der zahlenden Mitglieder ist vom 1. April 1900 bis zum 1. April 1902 von rund 10 000 auf 13 026 gestiegen. Der Verbandsvorsitzende giebt eine eingehende Erläuterung des ersten Teiles des Geschäftsberichts.

In diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Debatte, in welcher sämtliche Delegierte anerkannten, daß der Verbandsvorsitzende über seine Kräfte hinaus in Anspruch genommen worden sei, so daß eine Entlastung desselben stattfinden müsse. Die Gaueinteilung habe sich bewährt, müsse aber ausgestaltet werden; der größte Teil der Agitationsarbeit könne von den Gauvorständen getan werden. In seinem Schlußwort geht der Verbandsvorsitzende auf alle Einwände ein, worauf der Kassierbericht erstattet wird. Die Netto-Einnahme betrug in den letzten zwei Jahren 265 840,55 M., die Netto-Ausgabe 227 271,98 M., so daß eine Mehreinnahme von 38 568,57 M. zu verzeichnen ist. Hierzu die Bestände am Schluß des Jahres 1899 im Betrage von 18 688,14 M.; mithin betrug ultimo Dezember 1901 der Kassenbestand 87 257,81 Mark, davon in der Hauptkassa 81 096,79 M. und im Internationalen Unterstützungsfonds 61 000,52 M.

An Unterstützungen zahlte der Verband in den letzten 2 Jahren 113 281,12 M., davon Krankenunterstützung 37 681,27 M., Arbeitslosen-Unterstützung 36 073,85 M., Unterstüfung an gemächte Kollegen 9023 M., Unzulagelosen 1741,70 M., Redaktions- 3608,10 M., Streikunterstützung im eigenen Verufe 19 458,95 M., an andere Verbände 3450 M., Unterstützungen in außerordentlichen Fällen 2244,25 M.

Der Hauptkassierer Kagerl bemerkte hierzu, daß die Erledigung der Kassenangelegenheiten viel Zeit in Anspruch nehme. Der letzte Verbandstag habe den Beschluß gefaßt, den Streikfonds aus dem Hauptfonds zu übertragen. Der Internationale Unterstützungsfonds existiere noch, doch wäre es zweckmäßig, mit diesem Fonds ebenfalls aufzutreten. Die internationale Solidarität könne auch ohne diesen Fonds bewahrt werden, indem man Unterstützungen aus der Verbandskasse bewillige. In den beiden Berichtsjahren seien wohl Ueberschüsse erzielt worden, doch resultierten diese aus der beschlossenen Vertragserhöhung. Die Unterstützungsleistungen erforderten bedeutende Summen, wie aus der Abrechnung ersichtlich sei. Wenn die Mitglieder diese Institutionen mehr ausgenutzt hätten, dann ständen wir vor dem Bankrott. Er habe damals Bedenken gegen die Neu-Einrichtungen gehabt, denn er habe sich vor Augen gehalten, daß der Verband in erster Linie eine Kampforganisation sein müsse.

In der Sitzung am Montag wurde der Kassierer auf Antrag des Revisionskommissionen einstimmig entlastet.

Hierauf erstattete der Redacteur Krieger-Hannover den Bericht über die Presse, dann gab Richter-Berlin den Bericht des Ausschusses, ihm folgte der von Brandt-Hannover erstattete Bericht der Pressekommision, an der sich eine längere Debatte knüpfte. Darauf berichtete Wittich-Frankfurt über die Tätigkeit der Rechtskommission.

Ueber den Punkt: „Gründung eines Lebensmittelindustrie-Verbandes“, referiert Leitner-Rürnberg. Er bekräftigte die Gründung eines solchen Verbandes, während sich der Korreferent Siedlein-Leipzig dagegen aussprach. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen:

Der Delegiertentag kommt nach eingehender Beratung zu dem Beschluß, daß die Zusammenlegung aller in der Rohungsmittelebranche befindlichen Organisationen zu einem Ganzen zur Zeit noch nicht möglich und undurchführbar ist. Damit sind alle anderen hierzu gestellten Entwürfe erledigt.

Hierauf referierte Paepow-Hamburg über die Aufgaben des bevorstehenden Gewerkschafts-Kongresses, daran schloß sich eine längere Debatte, schließlich wurde eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution einstimmig angenommen.

Am Dienstag begann die Statutenberatung. Es wurde beschlossen, den Titel des Verbandes zu ändern in: „Centralverband deutscher Brauer und Berufsgehilfen“. Von den ferneren Beschlüssen sind zu nennen:

Mitglieder können alle in den Brauereien und verwandten Betrieben gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen werden, sofern sie sich den Bestimmungen dieses Statuts unterwerfen. Wenn es das Verbandsinteresse erfordert, kann der Hauptvorstand auch Nicht-Berufsgehilfen und solchen Berufsgehilfen, welche nicht mehr in den in Abt. 1 bezeichneten Betrieben beschäftigt sind, den Beitritt gestatten. — Die Aufnahmegebühr soll wie bisher bestehen bleiben (1 M. für männliche, 50 Pfennige für weibliche Personen). Bei Wiederaufnahme muß die doppelte Gebühr gezahlt werden.

Der Beitrag beträgt wie bisher wöchentlich 30 Pf. für männliche, 15 Pf. für weibliche Mitglieder. — Die Rechtskommission wird aufgehoben und ihre Geschäfte werden dem Hauptvorstand übertragen. — Mit 28 gegen 22 Stimmen wurde im Prinzip die Aufstellung von besoldeten Gauvorständen beschlossen. Der Hauptvorstand erhielt den Auftrag, eine Gaueinteilung vorzunehmen zum nächsten Verbandstage eine dahingehende Vorlage zu unterbreiten. — Die sonstigen Beschlüsse zum Statut, dessen Beratung mit der Mittwoch-Sitzung endete, sind nicht von allgemeinem Interesse.

Von den in der Donnerstags-Sitzung angenommenen Anträgen sind folgende hervorzuheben:

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, bei dem Vorstandes des Transporthandwerkes und des Fabrikarbeiter-Verbandes zu beantragen, den Mitgliedern dieses Verbandes, welche aus den zu unserer Organisation zählenden Betrieben ausgeschieden sind, in einem dieser Betriebe zählenden Betriebe Arbeit nehmen, bei Uebertretung in diese Verbände die gleichen Vergünstigungen bei der Aufnahme und der Unterstützung zu nach Maßgabe ihrer Unterstützungs-Einrichtungen zu gewähren, wie es im Centralverband deutscher Brauer und Berufsgehilfen gegenüber den aus jenen Verbänden in die Brauerei- und Betriebe und in den letzten Verband eintretenden Mitgliedern üblich und statutarisch festgesetzt ist.

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, dahin zu wirken, daß mit dem Verbands der Brauerei-Arbeiter von Nordamerika die Gegenseitigkeits-Bedingungen insofern scharfer gefaßt

werden, daß nur solche nach Amerika auswandernden Mitglieder europäischer Organisationen die Vergünstigung als organisierte Arbeiter im amerikanischen Verbandsverbande genießen, welche mindestens ein Jahr ihrer Organisation angehört haben und mit dem Beitrage nicht im Rückstande sind. Nur in besonderen Ausnahmefällen soll von dieser Regel abgesehen werden und entscheidet hierüber der zuständige Verbandsvorstand.

Zum Kapitel: Lohnbewegungen und Streiks wurde ein Antrag angenommen, welcher bestimmt, daß Lohnbewegungen sowie Arbeitsniederlegungen bei Differenzen und Maßregelungen ohne Genehmigung des Hauptvorstandes nicht vorgenommen werden dürfen. Die Streikunterstützung soll in der Regel betragen: nach sieben-tägiger Wartezeit für Verheiratete pro Tag 2 M., für Unverheiratete 1,50 M., soweit es die jeweiligen Klassenverhältnisse gestatten. Keine Zahlstelle darf, um Verbandschädigungen zu vermeiden, irgend welche Verpflichtungen übernehmen, aus freiwilligen Leistungen der Mitglieder am Orte den Streikenden besonders hohe Zuschüsse zu gewähren. Nach acht-tägiger Dauer des Streiks und sofern das Ende desselben nicht abzusehen ist, sollen die Unverheirateten angewiesen werden, abzuziehen oder anderweitig Arbeit zu suchen. Die abreisenden Mitglieder erhalten dann die ihnen zustehende statutenmäßige Arbeitslosen-Unterstützung unter Fortfall der vierzehntägigen Wartezeit, desgleichen die noch vorhandenen Streikenden bei Aufhebung des Streiks, sofern und so lange sie nicht inzwischen Arbeit erhalten haben. Die Aufhebung des Streiks erfolgt durch den Verbandsvorstand nach Verständigung mit der betreffenden Zahlstellenverwaltung; jedoch kann dieselbe auch entgegen der Ansicht der Zahlstellenverwaltung erfolgen, wenn nach den Umständen eine Weiterführung des Streiks zwecklos und schädlich für die Organisation ist.

Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt in Hannover. Die Anstellung eines vierten Verbandsbeamten wurde beschlossen, sowie die Erhöhung der Gehälter der Verbandsbeamten von 1800 M. auf 2100 M. — Die drei bisherigen besetzten Beamten: Bauer erster Vorsitzender, Kagerl Kassierer und Krieg Redakteur, wurden einstimmig wiedergewählt. Die Stelle des vierten Beamten soll ausgeschrieben werden. Als Sitz des Ausschusses wurde Berlin, als Sitz der Pressekommision Hannover bestimmt, und Richter-Berlin zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Ferner gelangten noch folgende Anträge zur Annahme:

I. Der Verbandstag möge veranlassen, daß in sämtlichen Gauen durch die Vorstände genaue Statistiken aufgenommen werden: a) An wie vielen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen wird gearbeitet. b) Wie viele Stunden und zu welcher Tages- oder Nachtzeit gearbeitet wird. c) Welche Arbeiten verrichtet werden. d) Ob die betreffenden Brauereien diejenigen technischen Einrichtungen besitzen, um die Sonn- und Feiertagsarbeit ausfallen zu lassen oder auf ein geringes Minimum beschränken zu können. — Der Hauptvorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Verbandstag ein Reglement zu einer Krankenzuschüsse auszuarbeiten.

Weiter beschloß der Verbandstag eine eingehend begründete Petition gegen jede Erhöhung der Getreide- und Lebensmittelpreise, dann wurden noch folgende Anträge angenommen:

II. Der Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter beauftragt den Verbandsvorstand, noch im laufenden Jahre eine Petition nebst Denkschrift auszuarbeiten, zur Unterschrift in

Kollegienkreisen zirkulieren und an den Bundesrat gelangen zu lassen, welche

1. sich gegen die unzulässig weitgehende Anwendung der verwaltungsbehördlichen Befugnis, Ausnahmen von der Sonntagsruhe für Brauereien gemäß § 105 o, Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung zu gewähren, seitens der bayerischen Regierung wenden und deren Abstellung, wenn nicht anders möglich, im Wege der präciseren Fassung des § 105 o fordert;

2. um die baldige Veranstaltung statistischer Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit, sowie über die Nachtarbeit und Sonntagsarbeit und über die schädlichen Wirkungen übermäßiger Arbeitsdauer in Brauereien, Mälzereien usw. durch die Arbeitsstatistische Abteilung des kaiserlichen Statistischen Amtes ersucht;

3. den Bundesrat ersucht, auf Grund des § 120 o Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung die Dauer der täglichen Arbeitszeit und Pausen in Brauereien, Mälzereien usw. im Verordnungswege derart zu regeln, daß als höchst zulässige Arbeitsdauer eine 10stündige Arbeitszeit, unterbrochen durch mindestens zweifundige Pausen, bei Nachtarbeit eine Gesamtschichtdauer von 8 Stunden, unterbrochen durch mindestens zweifundige Pausen, festgesetzt wird; und

4. den Bundesrat ersucht, eine einheitliche Regelung der Dauer der zugelassenen Sonntagsarbeiten mit der Beschränkung auf höchstens zwei Stunden seitens der verschiedenen Landes-Centralbehörden herbeizuführen.

III. Der 13. Verbandstag des Centralverbandes deutscher Brauerei-Arbeiter spricht der Bruderorganisation in Nordamerika in dem ihr aufgedringenden schweren Kampfe die vollste Sympathie aus und wünscht ihr baldigen und vollständigen Sieg, desgleichen auch dem Bruderverband in der Schweiz in dem soeben ausgebrochenen Kampfe.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Diez Verlag) ist tochen das 32. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Tanz auf Rhodos. — Nochmal das belgische Experiment. Von Gu. Bandoelbe. — Die Volksschule in der Manufakturperiode. Von Heinrich Schulz. — Die neue Seemannsordnung. Von Wilhelm Meijer. — Zur Reizung der deutschen Gebärmutter. Von Marie Sunert. — Neues von Maxim Gorki. Eine Betrachtung von Ernst Krowitz (Berlin). — Splitter. — Notizen: Das belgische und das preussische Wahlrecht. Von Leo Kronz. — Feuilleton: Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann (Hortfolgende).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Colporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresse der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern gehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Kadi 1902. 1. Körperverletzung ist mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu drei Jahren bedroht. Als Mindeststrafe für

Körperverletzung, die mittels einer Waffe oder eines hinterlistigen Ueberfalls oder von mehreren gemeinschaftlich oder mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung begangen ist, ist Gefängnisstrafe nicht unter zwei Monaten festgesetzt. 2. Wie viel an Verleumdungsstrafen zu zahlen ist, darüber müssen Sie sich mit Ihrem Anwalt verständigen. — **Dankwäuer Amberg.** Eine kräftige Handlung (Unterhaltung und dergleichen) würde in der von Ihnen beschriebenen Handlung kaum gefunden werden. — **Kuoblauch Kallendorf.** Der Wirt ist in Ihrem Hause im Recht. Bis am 3. Juli kann er zum 1. Oktober kündigen. — **R. 10.** 1. Ja. 2. Wenn nicht der Inhalt der Filialen ergibt, daß diese selbständige Vereine sind, so genügt die Anmeldung am Sitz des Centralvereins. — **S. 15.** Der Austritt kostet in Preußen 3 M., eine Bescheinigung darüber aus 3 M., in den übrigen Bundesstaaten gelten andre Sätze, in Schwaburg und Rindolstadt 3 M. bis 100 M. — **Stiff Blume.** 1. und 2. Ja. 3. Suchen Sie sich zu einigen. — **P. D., Nieder-Schönweide.** Sie sind im Recht. — **E. R. 37.** Bezieht ein Alters- oder Invaliden-Rentner nach einem andern Wohnort, so wird auf seinen an den Vorstand der Versicherungsanstalt gerichteten Antrag bis die Rente ihm an seinem neuen Wohnort ausbezahlt. Ein Beispiel für solchen Antrag finden Sie unter Nr. 90, S. 443 des „Arbeiterrechts“. — **Bermieter.** Allerdings ist der Mieter nicht berechtigt, ohne die Erlaubnis des Vermieters seinen Vertrag an einen Dritten abzutreten. Verweigert der Vermieter die Erteilung der Erlaubnis, wievohl in der Person des Untermieters kein wichtiger Grund zur Weigerung liegt, so ist der Mieter oder berechtigt, unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist die Wohnung zu kündigen, falls nicht etwas dies Recht durch den Mietvertrag ausgeschlossen ist. — **E. 10.** Rein. — **C. R. Helmarobanien.** Der Beamte ist im Unrecht. Sie hätten der Kulforderung, Frauen und Kinder aus der öffentlichen Versammlung zu entfernen, nicht nachkommen, sondern es auf eine Auslösung ankommen lassen sollen. Schlagen Sie jetzt den Bescheid zurück ein. — **R. 32.** Der Lohnanspruch wäre unzulässig. — **M. 17.** Das Berliner Landgericht ist zuständig. Die Klage-Ausstellung kann nur durch einen Rechtsanwalt erfolgen. — **Z. N. 1.** Rein. 2. Nicht. — **Charlottenburg.** Sie können das Aufgebot des Bescheids beim Amtsgericht beantragen; vor dem Aufgebot braucht der Schuldner nicht zu zahlen. Obliche Einigung ist wegen der Kosten des Aufgebots zu empfehlen. — **E. P. 50.** 1. Den Verwondten würden Sie mit Rücksicht auf Erfolg nicht verklagen können. Lassen Sie aber ohne Rücksicht auf seinen etwaigen Widerspruch pfänden und setzen Sie einer Interventionsklage den Einwand der Schließung entgegen. 2. Sie müssen sich an das Gerichtsvollzieheramt wenden; früher war das anders. 3. Die Herausgabe der Pfandscheine usw. können Sie durch Zwang zur Leistung des Offenbarungsbetrags erzwungen. — **Z. 70.** Sie sind in Ihrem Recht.

Witterungsübersicht vom 12. Mai 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Swinemünde	759	SW	2 heftig	6	6	Saparanda	761	ONO	2 wolkig	—	—
Hamburg	759	W	1 befeht	5	5	Petersburg	755	ONO	1 befeht	—	—
Berlin	759	SW	1 wolkig	7	7	Wien	761	ONO	4 befeht	—	—
Frankf. M.	760	ONO	1 1/2 befeht	6	6	London	—	—	—	—	—
München	760	SW	3 wolkig	7	7	Paris	761	S	1 wolkig	—	—
Wien	760	SW	— befeht	7	7						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. Mai 1902. Nachts etwas wärmer, am Tage ein wenig kühler, vielfach wolkig mit leichten Regenschauern und schwachen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Zur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 13. Mai
Opernhaus. Verdi-Festspiel Aida. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Zwei Wappen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Servitor. Al-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Bessing. So leben wir. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesker. Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Frauenarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schliersee. Der Schlogring. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zuifen. Die Grille. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Recessionsbühne. Delleo Villencronz. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogen's Buntes Theater (Neberdrell). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Strindberg. Collus. Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Aufre Jungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Unsre Don Juans. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Ben-Ali-Bey und sein orientalisches Jander-Ensemble. Anfang 8 Uhr.
Cassio-Theater. Die Ballhaus-Auna. — Der beste Bruder. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taudenstr. 48/49. (Zum Theaterhaus) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste. Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternsorte.
Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Dienstagabend 8 Uhr: **Zwei Wappen.**
Schwanz in 4 Akten v. Ostl. Blumen-thal und Gustav Radtburg.
Mittwochabend 8 Uhr: **Zwei Wappen.**
Donnerstagabend 8 Uhr: **Die Romantisch.**
Hierauf: **Hexenschang.**

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die deutsche Ostseeküste.
CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Das **Bärenweib!**
ein Wunder der Schöpfung!
Neu: Skandinavisches Instrumental- u. Vokal-Künstler-Ensemble.
4 Damen, 2 Herren.

Central-Theater.

Heute Dienstag, 13. Mai, 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Donnerstag, 15. Mai, zum 150. Mal:
Das süße Mädel.
Jede Dame erhält ein elegantes Souvenir.

Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.
Henry Bender * Josef Josephi
Unsre Don Juans
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Troptow.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Freitag, den 16. Mai:
Eröffnung der Morwitz-Oper.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinot.
Musik von Jean Wilbert.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.

Heute zum 139. Male:
Die Dame aus Trouville.
Schwanz mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms.
Mizzi Birchner. Rosa Marton.
Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.

Dresdenerstraße 72/73.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel der Schliersee.
Heute und folgende Tage:
Der Schlogring.
Der Sommer-Garten ist in oberbaurischer Art decoriert.

W. Noacks Theater.

Vormittags 10.
Geschlossen.
Am 1. Pfingstfeiertag: Eröffnung der Sommer-Saison.
Täglich im Garten: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater

Um 8 Uhr:
Die vorzüglich. Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Lysistrata
mit dem Luftballist „Grigolatis“
Kasseneröffnung 7 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr,
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Das sensationelle Mai-Programm
16 erstklass. Spezialitäten!

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Täglich abends 8 Uhr:
Ben-Ali-Bey
u. sein orient. Zauber-Ensemble.
Barrenlauf d. Fogen u. Num. Säge an der Theaterkassette des Warenhauses H. Wertheim, Leipzigerstr. Preise der Plätze: Vorgesicht 2,50 M., Sperrsitze 1,50, numer. Parquet u. numer. Rang-Balton 1 M., Parterre 50 Pf., Stehpart. u. unnum. Rg. 30 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater

früher Pahlmann
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg erneuert.
Jeden Sonntag Ball.
Am 1. Pfingsttag:
Grosse Eröffnungs-Festvorstellung.
Kurzweilen des gesamten, sensationellen, erstklassigen Schauspiel- und Künstlerpersonals.
20 Chordamen können sich melden nachmittags von 4-6 Uhr.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Dienstag, 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Gastspiel von Emanuel Reicher.
Serenissimus-Zwischensp. u. a.

Casino-Theater

Goethestr. 37.
8 Uhr: „Die Ballhaus-Auna“.
9 1/2 Uhr: „Der beste Bruder“.

Wintergarten.

Heute:
Das neue Mai-Programm!
Interessant!
Amüsant! Sensationell!

Kleider machen Leute!

Kaufen Sie Ihre
Herren- und Knaben-Garderoben
bei 4103L.

Alex Bohne,

79, Landsbergerstr 79,
— gegründet 1871 —
und Sie werden chic und elegant ge-
kleidet gehen.
Anzüge von 18 M. an. Paletots von 16 M. an.
Elegante Mass-Anfertigung.
Berufskleidung für alle Berufe.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochens 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.
Zum Schluß:
„Stuckes Pflingstfahrt“.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.

6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Wrangele 9, Kraustrasse 19,
Goltenscheinstr. 28, Laufferstr. 2.

Ortskrankentage der Sattler und verw. Gewerbe.

Sonntag, den 11. Mai, verfährt unter Mitglieb, Frau

Anna Dokter.

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des alten Rindorfer Kirchhofs, Rudowstraße, aus statt.
2132 J. u. G. Ahmann.
Allen Verwandten und Bekannten sage ich für die Teilnahme sowie für die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Hermann Hinderlich
meines innigen Dank. 26058
Agnes Hinderlich
geb. Bürgburg.

Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Hingekleideten 25908
Karl Lücke
sage allen Freunden und Verwandten sowie dem IV. Wahlkreis und dem Hingekleideten-Berein meinen herzlichsten Dank.
Frau Lücke nebst Kindern.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Ab Pfingsten täglich im
Garten:
Konzert u. Vorstellg.

Personen-Dampfer

für 20076
Bereine und Gesellschaften.
Karl Krause, Wienerstr. 37.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.
Specialarzt für 22/5*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4.

Prima Fahrräder,

auch auf Teilzahlung ohne
Voreinzahlung
zu coulantem Bedingungen unter
Garantie.
Wenig verbrauchte Räder auch auf
Zahlung unter Garantie. Preise be-
deutend ermäßigt. Reparatur-
anstalt aller Systeme schnell und billig.
Adomeit & Landau,
Goethestr. 48 I, am Rosenf. Th.

30 Mark

hochfeine Sommerpaletots,
30 Mark
hochfeine Sommerpaletots.
12 Mark hochfeine
Hingekleidete nur nach Maß.
Unter Stoff, tadelloser Sit. (4044L)
14 Krausenstraße 14,
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

II. Wahlkreis.

Dienstag, den 13. Mai, abends 8 Uhr,
im großen Saale der Brauerei, Tempelhofer Berg:

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Dr. Südekum über:
Die belgische Wahlrechtsbewegung.

2. Diskussion.

210/2*

Um recht regen Besuch der Genossinnen und Genossen ersuchen
Die Vertrauensleute.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei E. Dasse,
Brunnenstr. 151:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Sassenbach: Die Verfassung des deutschen Reiches und dessen Beziehungen zu den Einzelstaaten. 2. Diskussion. 3. Erörterung der „Vorwärts“-Expeditionsangelegenheit in der Reichstags-Sitzung. 4. Verschiedenes.

247/18*

Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis

(Schönhauser Vorstadt).

Mittwoch, 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Fiedels Allerlei-Theater
(früher Puhmann), Schönhauser Allee 148:

Öffentliche Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Richard Fischer über: Volk-dampf vorwärts in der Sozialreform. 2. Diskussion. 3. Berichte des Vertrauensmannes, der Preis-, Lokal-, Agitations- und Zeitungskommission. 4. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vertrauensmann: Karl Wunsch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Mittwoch, den 14. Mai,

abends 8 1/2 Uhr,

im Saale des Herrn Louis Keller, Kopenstraße Nr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Rollenbericht vom 1. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Werkstatt-Kontrollkommission und des Arbeitsvermittlers. Bericht vom vierten Verbandstag. Wahl des Ausschusses. Verhandlungsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

83/7*

Die Ortsverwaltung.

Bühne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn-ziehen 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Spr. 9-7.

IV. Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 13. Mai 1902, abends 8 Uhr, im Lokale „Urania“,
Wraugelstraße 10:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Die industrielle Arbeiterklasse im Kampfe mit dem Junkertum“. 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Morgen, Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Theodor Wehner über: „Gleiches Recht für alle.“ 2. Die bevorstehende Urabstimmung. 3. Verbands-angelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Montag, den 19. Mai (2. Pfingstfeiertag):

Geselliges Beisammensein

von 3 Uhr nachmittags an

in Joels Konzertgarten, Alte Köppler Sandstraße 4 (Aepstow).

Frei-Konzert.

Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

D. D.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“.

Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Gesamtleitung. 2. Verschiedenes (Fragen usw.). Nur Mitglieder haben Zutritt, jedoch können diese ihre Fragen mitbringen. Tugend eine Legitimation ist mitzubringen. Aufnahmen, die zum Eintritt in die Baugenossenschaft berechtigen, werden auf dem Fint des Lokals vorgenommen, desgleichen in den Zahlstellen: Nass, Brunnenstr. 98; Schulz, Brunnenstr. 38; Mohr, Oranienstr. 197; Schramm, Schindlerstr. 3, v. II.

Der Vorstand.

Neu! Pfingsten!
Am 1., 2., 3. Feiertag:
Große Dampfer-Extrajahrt




Verbinden uns Hamburg nach Zwibusch (Berliner Schweiz).
Einzige Bergungs-Etablissement der Obersee mit eignen Wachen
und Bergen. Circa 3000 Meter Wasserfront am Seebassin bei Schmöldow
Abfahrt morgens 7 1/2 Uhr - nachmittags 3 Uhr
von Jannowbrücke (Schulterstr. 100).
Preis für Hin- und Rückfahrt a Person 75 Pf.
Es ladet fruchtlich ein
H. Gärtner (früher Wollenstr. 12).

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und
Frauenleiden. Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 1/6-1/2.

Orts-Krankenkasse der Tabakfabrikarbeiter

Einladung zur

General-Versammlung

am 21. Mai 1902, abends 8 Uhr, bei

Heind, Weinstr. 11. 25800

Tages-Ordnung:

1. Statutenänderung. 2. Verschiedenes.
Der kommissarische Verwalter,
Gebhardt, Rosenthalerstr. 137:

Dienstag, d. 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr,
im „Färchenhof“, Köpplerstr. 137:

+ Vortrag. +

Nur Herren haben Zutritt.

Thema: „Die Heilung sogenannter
Männerleiden durch das Naturheil-
verfahren“. Vortrag: „Die schweren
Folgen der Quecksilberkur.“
Ref.: **H. Müller**, prakt. Naturheil-
kundiger, Kurbad, St. Franziskusstr. 87.

Eintritt frei.

Die schönsten Herren-

anzüge. Herrngarderobe in neu-
sowie speziell 38839*

Monatsgarderobe

von Kavaliere zurückgelegte
Sachen, fast neu, für jede Figur
passend, sind in größter Auswahl
zu höchsten billigen Preisen stets
zu haben.

J. Wand, Bringenstr. 17,
Ecke Wasserthorstraße.

Steppdecken

billig in Fabrik-Oranien-158.
Katalog Emil Lesèvre, Berlin
franko. strasse. S. 8

Eigene Confection.

Elegante Costümröcke

enorm billig

in Tuch, Zibeline,
Kammgarn und Cheviot,
6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,
15 M., Seidendamast
25 M., Alpaca 4,50 M., 6 M.,
bis 30 M., weißes Cheviot
und Pique 3, 5, 7-15 M.

Jaketkleider

elegante Façons
Cheviot, Covercoat und
Goussier 4,50 M.
15 M., 20 M., 25 M.

Bolero- und Sackkleider

Blusenkleider
leichte Neuheit
12 M., 15 M., 18 M.

Seidenblusen

6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

Blusenhemden
1,35 M., 1,75 M., 2,50 M.

Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.

Schwarze, glatte u. bestickte
Capes und Kragen
8 M., 10 M., 12 M.

Jakets, Sackpaletots,

moderne Façons
in vorzüglichem Sitz und tadel-
loser Verarbeitung, glatt und
mit besticktem Kragen 10 M.,
12 M., 15 M.

Sielmann & Rosenberg

Kommandanten-Straße,
Ecke Lindenstraße.

Backfisch-
Saccos u. Jacketts 10 M.

Bruch-Pollmann

empfiehlt feine Lager in Bruch-
dagen, Leibbinden, Geradhaltern,
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.
Artikel zur Krankenpflege.

Eigene Werkstatt.
Elektromotoren u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C., [3762]*

30. Finien-Straße 30.

Die Preise unserer Schuhwaren

sind streng fest und auffallend billig.

Unsere Qualitäten

sind von anerkannt unübertroffener Haltbarkeit.

Unsere Passformen

in ihren verschiedenen Façons sind unerreicht.

Wir verkaufen unsere Erzeugnisse
ohne irgend welchen Zwischenhandel direct an das
Publikum in unseren eigenen 72 Filialen. Dieses spart
daher den Unterschied im Preise, welchen sonst
der Zwischenhändler für sich in Anspruch
nehmen muss. Unsere Preise werden
in unseren Fabriken auf jede Sohle
aufgestempelt.

Jede Uebervorteilung
daher unmöglich



Man achte genau auf unsere Firma.



Herren-Leder-Zug-Stiefel
mit Beatz, dauer-
hafter Strasson. 4,50 Mk.

Mädchen-
Knaben- und
Kinderschuhe

in allergrösster Auswahl,
unerreicht billig.

Ab unseren Fabriken findet

kein Versand statt, man wende sich
daher stets an die nächstliegende
Filiale.



Herren-Leder-Schnallen-
Stiefel, bequemster,
Stiefel der Jetztzeit 9,80 Mk.



Herren-Leder-Schnür-Stiefel
dauerhaft, elegant . . . 7,00 Mk.
elegante, breite Form . . . 8,20 Mk.



Damen-Leder-Zug-
stiefel, angenehm
und
halbfest 3,40 Mk.



Damen-Leder-Schnür-
stiefel, bequem
- solide. 5,50 Mk.



Damen-Leder-Knopfstiefel
elegante - dauerhaft 6,00 Mk.

Farbiges
Schuhwerk

in den
modernsten Farben

für Damen, Herren und
Kinder.

Goodyear Welt

Schuhe und Stiefel
nur eigenes Fabrikat, das beste
Schuhzeug der Gegenwart.

Conrad Tack & Cie, Burg bei Mgd.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaren-Fabriken.

72 eigene Geschäfte in allen Theilen Deutschlands, davon 15 in Berlin und Vororte.

O. Andreasstrasse 50,
NW. Beusselstrasse 29,
N. Danzigerstrasse 1, Ecke Schönhauser Allee
SW. Friedrichstrasse 240-241,
Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 122.

O. Grosse Frankfurterstrasse 139,
N. Müllerstrasse 3,
S. Oranienstrasse 65,
W. Potsdamerstrasse 50,

C. Rosenthalerstrasse 14,
C. Spittelmarkt 15,
NW. Thurmstrasse 37,
NW. Wilsnackerstrasse 22,
Potsdam, Brandenburgerstr. 49.

Der Verkauf zurückgesetzter Waaren zu fabelhaft niedrigen Preisen findet bis auf Weiteres in unserer Filiale BERLIN C., Rosenthalerstr. 14, statt.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abteilung).
Rosenthalerstr. 27-29. - Oranienstr. 52-55.

Schuhwaren

Damen-Schuhe u. Stiefel

- Knopf- u. Schnürschuhe**
braun Chagrineder 3.90 u. 6.50 Mk.
- Spangenschuhe** braun Chagrineder 3.90 Mk.
- Knopfstiefel** braun Chagrineder 7 u. 9.65
- Schnürstiefel** „ 7 u. 9.65
- Knopf- u. Schnürschuhe**
Rosseleder 4 Mk.
- Spangenschuhe** Rosseleder 4 Mk.
- Chevreaux-Knopf- u. Schnürschuhe** 8.75 Mk.
- Knopfstiefel** imitiert 7 Mk. Chevreau 11 Mk.
- Schnürstiefel** „ 7 Mk. „ 11 Mk.
- Knopfstiefel** satin 10.75 Box-Calf 12.75
- Schnürstiefel** „ 10.50 „ 12.75

Kinder-Schuhe u. Stiefel

- Spangenschuhe** braun Chagrineder
No. 18-22 21-24 25-27 28-30 31-35
1.15 2.25 2.60 3.30 3.75 Mk.
- Knopf- u. Schnürschuhe**
braun Chagrineder No. 28-30 31-35
3.25 3.75 Mk.
- Knopf- u. Schnürstiefel**
braun Chagrineder oder schwarz Gemaleder
No. 18-22 21-24 25-26
1.80 3.25 4 Mk.
- Knopfstiefel** braun Chagrineder
No. 27-30 31-35
4.25 5 Mk.
- Schnürstiefel** braun Chagrineder
No. 27-30 31-35
4 Mk. 4.85 Mk.

Ein grosser Posten gebundener **Rosenbouquets** feine Ausführung 75, 95 Pf., 1.25 Mk.

Damenstrümpfe

- echt schwarz und lederfarbig, engl. Länge, gewebt, Doppelsohle 35, 65, 95 Pf.
- Fiil d'Ecosse 1.35 2.10 2.75 Mk.
- Ringelmuster, englische Länge, gewebt 45, 65, 95 Pf.
- Fiil d'Ecosse 1.10 1.60 2.50 4 Mk.

Herrensocken

- Maco 28 u. 45 Pf. schwarz 33 u. 50 Pf. u. lederf.
- Ringelmuster 50 Pf. Fiil d'Ecosse 1.10 u. 1.50 Mk.

Kinderstrümpfe

- echt schwarz od. lederfarbig, engl. Länge, mit Doppelknie für ca. 1-2 2-3 3-4 4-5 5-6 6-7 7-8 8-10 10-12 12-15 Jhr.
25 28 32 35 40 45 50 55 60 65 Pf.
- Fussohr. 48 55 60 65 75 85 95 1 Mk. 1.10 1.20 Mk.

Morrow
Freilauf-Hinterräder.
Fertig gespannt zum Einfahren in jedes Rad. Zusammengefasst aus: Prima amerikanischen Doppelkammer-Speichen, auf Kupfer hochfest vernickelt, Kronprinz-Stahlfelge bestens schwarz lackiert, auf Wunsch weiss oder holzfarbig, und Morrow-Freilauf-Nabe mit automatischer Bremse, Modell 1902. 40762

M. 27.-
einschliesslich Porto und Verpackung frei Deutschland und Ostpreussen. Nachnahme oder Barzahlung.
Bei Bestellung ist nur Kettenlinie, Kettenbreite, Teilung und Zähnezahl sowie die Größe und Breite des Reifens anzugeben.
Zu beziehen durch:
Otto Sieber, Berlin N., Bergstr. 19. Julius Hoyer, Berlin N., Badstr. 20. Richard Kaethner, Berlin N., Adersstr. 103. Richard Buckow Berlin SO., Oranienstr. 171.

Weber Land und Meer
barricht frei das Auge, wenn es durch ein gutes Fernglas unterstützt wird. Jedermann, der sich ein solches anschaffen will, sollte nicht verpassen, die grosse Auswahl von Gläsern in dem

Institut für Präzisions-Optik
von Ernst Riek, Inh. Carl Buttendorf,
Berlin N., Weinbergsweg 15 b., 2. Geschäft vom Rosenhäger Thor, zu besichtigen. Das lange Bestehen dieses Geschäftes bürgt für die Güte seiner Fabrikate.

Bitte genau auf Firma und Haus No. 15 b. achten.

Triumph: Reiseglas, mittelgross, mit Reissglas, Doppelreihen M. 2.-
Herkules: Reiseglas, gross, mit Reissglas, Leder-Etui, Riemen und Fangschnur M. 12.-
Merkur: Reiseglas, gross, mit 5 Gläsern, Compass, Leder-Etui, 2 Riemen, eleg. S. vernickelt, extra-scharf M. 12.-
Moine Serien Monopol und Rapid zeichnen sich durch grosse Lichtstärke und Reinheit der Gläser aus.
Monopol: Reiseglas, gross, m. 5 Leder-Etui u. Riemen, M. 16.-
Rapid: No. 1 für Theater u. Feiern, M. 18.-
No. 2, Spezialglas, vorzüglich extra für grosse Entfernungen M. 22.-
scharf, No. 3, dasselbe grösser M. 28.-

Kenner Rauchen

Zenith-

Cigaretten.

Möbel

auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelfabrik A. Krause, Schönebergstr. 2.

Sie werfen Geld fort!

wenn Sie immer Ihre Cigaretten zu teuer einkaufen. Rauchen Sie nur meine beliebten „Havanillos“, 500 Stk. nur 7 Mk., 1000 Stk. nur 13 Mk. franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen! Garantie: Umtausch oder Barzahlung! Unzählige Worte der Anerkennung von Pharisäern, Lehrern, Richtern, Landwirten etc. Bestellen Sie bitte sofort postfrei ins Haus 500 Stk. für 7 Mk., 1000 Stk. für nur 13 Mk. bei Rud. Tresp, Cigarrenfabrik, Neustadt (Westpreußen) H. 88. 1*

„Wanzenfeind in der Flasche“ „Mottenfeind im Beutel“ „Schwabenfeind im Streu-Turm“

Preis 50 Pf., 1.00, 1.50 nur 5 Pf., 25 Pf., 50 Pf., 1.00

Unfehlbar sicher Th. Schmiedel Günstlich geschützt!

Allein-Verkauf: Fabrikant Fernspr.: Amt 7 a, 6331. (Alexanderplatz.)
Von 1 Mark an frei Haus, auswärts gegen Nachnahme!

Charlottenburg.
F. Kunstmann, Ballstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl!
Billigste Preise! Reelle Garantie!

Patentanwalt Dammann,
Moritzplatz 57.
Kunstst. bis abends neun. 140482

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabaks
Specialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34872

En gros - Rohtabak - En detail
Alle Sorten in großer Auswahl zu den äussersten Preisen. 41082
Rud. Völcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme
(Endstation der „Starn“-Dampfer)
Inhaber: Hermann Peter, Grünau Nr. 39.
Empfehle mein altes bekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Kundspannung und Dampfheizung, Regelmässige, große Kaffeeküche. Gute Küche und bestgeeignete Biere zu soliden Preisen. 13572

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Strasse 2.
Vereins-Reduzen, Palmen- u. Blumen- Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Achtung! Anzüge, Paletots wegen zu großen Lagerbestandes verkauft unter Preis Pix, Jerusalemstrasse 8.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Huhlfeldstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Rekonstruktion. Gesunde Frauen, billig zu verkaufen beim Eigenhändler Schulstr. 72. 25345

Restaurant wegen anderweitiger Unternehmungen billig zu verkaufen. Näheres bei Schwanberg, Charlottenburg, Sternbergstr. 1. 1142

Grünramengeschäft zu verkaufen. Palaststr. 41. 25705

Wirtschaft nach genauer polizeilicher Vorprüfung sowie alle Maschinen- schiffsgüter bei Jordan. Kleine Marktstr. 23. 1172

Wardenschuh Große Brautstr. 11. 137

Dreijährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Besondere Germania, Unter den Linden 21, II. 10308

Herrenanzüge, Paletots, elegante Anzüge geringe Teilzahlung. Kurzweg, Landbergerstr. 11402

Zuckerrübe, wirtlich, Kocher, Fabrikate, Hohenheimweg 16, Hof. *

Teppiche! (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Teppiche (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Teppiche (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Kopfmützen, Cheviot, Alpaka, elegant, für 6 Mark. Salomonstr., Weinbergstr. 60, III. 29036

Wegeneckverkauf. Partie neuer Kinderwagen, nur Einzelverkauf, billig. Landbergerstr. 22. Goldmann. 24345

Verfallene Wänder. Zum bevorstehenden Winter goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, wie Ketten jeder Art, sauber und schön, werden billig verkauft; auch alte Goldwaren in Zahlung genommen in der Wandlische Prinzengasse 28, I. Gde. Mittelstr. 29066

Fahrrad mit Zubehör verkauflich. Oranienstr. 61, Cuergesbude 111 Regel. 25076

Gut erhaltenes Fahrrad zu verkaufen, Landberger Allee 13 beim Vorier. 25026

Reifen (prachtvolle) 17,00, Spinnstr. 26, Mittel. 25562

200 Herren- und Damenräder (aus Liquidation) früher 250,00 jetzt 65,00, 75,00, 85,00, gebrochene, 20,00 bis 45,00. Tafer, Bernauerstr. 21.

Sportbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Repetieruhren, Regulatoren, Sommerpaletots, Gardinen, Velohaus Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 2312

Bilder in modernen Rahmen sportlich Danzigerstr. 13 vom I.

Vermischte Anzeigen.

Unfallfahnen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Fugger, Steglitzerstr. 56. 25425

Augusta-Wad, Köpenickerstr. 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 11282

Kunststoffe von Frau Kolodja, Steinwegstr. 18, Ouergebäude hochparterre.

Revolution! Wer sich über diese revolutionäre Veranstaltung unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bluffaktion, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Vereinigungverein, Köpenickerstr. 108. Um glückliche Abdruck wird gebeten. 10115

Handweine, Bäder kaufte Velohaus Köpenickerstr. 59 I. 1433

Fremden und Bekannten empfehle mein Weich- und Baurisch-Bierkaffee frei Engelhardt, Anklamerstr. 50, Gde. Sireystr. 773

Emil Schmidt hat eine Restauration eröffnet. Berolinerstr. 16, Unter Hühnerstr. 16. 1433

Vereinzimmer zu vergeben Dienstag, Donnerstag, Freitag, Sonntag, Marxstr. 47. 25005

Vereinzimmer, 35 Personen, empfangt Gäste, Krausenstr. 18.

Vereinzimmer mit Piano zu vergeben Charlottenburg, Pestalozzi-Str. 30. 1145

Rechtsbureau Jählich, Andross-Str. 6, Friedrichstr. 100. 120045

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Studierknecht bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geliehen, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Dulastr. 27, II. Wälder.

Stellenangebote.

Schriftstauer verlangt Stahl u. Derg. Hermannstr. 198. 25175

Wärmeschleifer verlangt Holz 104, Hirsdt, Hermannstr. 205.

Einsteiger, tüchtiger Jungarbeiter für Bau, Siedendruck bevorzugt, verlangt Buch, Kantstr. 149, 3. Et. 11-1 und 5-6 Uhr. 25018

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile

Achtung! Holzarbeiter!
Geberst sind folgende Werkstätten: Weib u. Co., Grobbergr. 24, Fischer und Maschinenarbeiter, Schmidt u. Herberich, Forststr. 6, Winkler, Dr. Frankfurter, 13, Grün u. Hottel, Wollmannstr. 44/45, Wegner, Wilmersdorf. Die Ortsverwaltung.

Vermietungen.

Zimmer.

Zwei möblierte Zimmer im ganzen oder geteilt sofort zu vermieten, ungeniert, Dachsbergstr. 34 IV. vorn.

Schlafstellen.

Schlafstelle, zwei Herren, Remm, Friedrichstr. 30. 25415

Schlafstelle Hühnerstr. 110, Budastr. 25935

Verkauf.

Rekonstruktion. Gesunde Frauen, billig zu verkaufen beim Eigenhändler Schulstr. 72. 25345

Restaurant wegen anderweitiger Unternehmungen billig zu verkaufen. Näheres bei Schwanberg, Charlottenburg, Sternbergstr. 1. 1142

Grünramengeschäft zu verkaufen. Palaststr. 41. 25705

Wirtschaft nach genauer polizeilicher Vorprüfung sowie alle Maschinen- schiffsgüter bei Jordan. Kleine Marktstr. 23. 1172

Wardenschuh Große Brautstr. 11. 137

Dreijährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Besondere Germania, Unter den Linden 21, II. 10308

Herrenanzüge, Paletots, elegante Anzüge geringe Teilzahlung. Kurzweg, Landbergerstr. 11402

Zuckerrübe, wirtlich, Kocher, Fabrikate, Hohenheimweg 16, Hof. *

Teppiche! (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Teppiche (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Teppiche (schillerndste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachsbergstr. 4, Bahnhof Str. 11172

Kopfmützen, Cheviot, Alpaka, elegant, für 6 Mark. Salomonstr., Weinbergstr. 60, III. 29036

Meineidsprozeß Hillger und Genossen.

Im Richterfelder Meineidsprozeß Hillger-Dr. Klein wurde gestern die Beweisaufnahme fortgesetzt; sie ging in derselben einseitigen Weise weiter, wie an den vorhergehenden Tagen. Befasend für den Angeklagten Hillger ist die Aussage des Polizeikommissars Mohr, der im Auftrage des Bürgermeisters der Vernehmung des Angeklagten in der Anklagesache wider Klein beigezogen wurde. Er bekundete: Hillger habe klar und deutlich unter seinem Eide versichert, er habe niemals für die „Groß-Richterfelder-Zeitung“ irgend welchen Stoff, sei es direkt oder indirekt, geliefert, und er habe noch hinzugesagt: es gereiche ihm zur Genugthuung, dies einmal öffentlich bekunden zu können, denn er wisse wohl, daß man im Publikum das Gegenteil glaube. Der Zeuge hat dann in der Sache wider den Lehrer Biegler die Hausdurchsuchung bei Dr. Klein abgehalten und dabei auch die von der Hand des Angeklagten Hillger herrührenden Schriftstücke vorgelesen. Als Hillger am 28. Januar d. J. durch die Gendarmen verhaftet wurde, ist in dessen Wohnung auch Hausdurchsuchung abgehalten worden, bei der verschiedene Schriftstücke beschlagnahmt wurden. Unter den bei Dr. Klein beschlagnahmten, von der Hand Hillgers herrührenden Schriftstücken befanden sich einige, deren Inhalt er mit Bestimmtheit glaube vor einigen Jahren in der Richterfelder Zeitung gelesen zu haben. (Die vom Staatsanwalt und der Verteidigung angestellten Vernehmungen, die etwa in Frage kommenden Kammern der früheren Jahrgänge zu erlangen, sind erfolglos geblieben.) Auf Befragen des Justizrats Dr. Sello erklärt Zeuge, daß er und andere am 8. November schon mit dem Gedanken in den Termin gegangen seien, daß irgend eine Ueberraschung stattfinden könnte. Zu dem ausführlichen Bericht über die Gerichtsverhandlung vom 8. November, der im Richterfelder Lokalanzeiger erschienen sei, habe er das Material nicht geliefert. Er habe seiner Zeit eine der eidesstattlichen Versicherungen unterschrieben, die der vom Amtsvorsteher Schulz erstatteten Strafanzeige beigegeben waren. Der die Anklage zu diesem — nach Ansicht des Verteidigers ungewöhnlichen — Verfahren gegeben, wisse er nicht. Die eidesstattliche Versicherung sei vom Amtsvorsteher Schulz formuliert worden und basiere auf wiederholten Besprechungen über den Inhalt der drei Monate zuvor gemachten Hilgerischen Aussage. Allen zur Auffassung des Gedächtnisses hätten ihm dabei nicht vorgelegen. Woher es komme, daß der Wortlaut seiner eidesstattlichen Versicherung völlig übereinstimme mit einem vom Regierungsdirektor Wiegler in dem Disziplinarverfahren beigegebenen eidesstattlichen Versicherung, wisse er nicht. Auf Vorhalt, daß von dem Angeklagten ein Unterschied zwischen „Artikel“, „Stoff“ und „Material“ gemacht werde, erklärte der Zeuge, daß er bei Abgabe der eidesstattlichen Versicherung darauf kein Gewicht gelegt habe, da nach seiner Meinung diese drei Begriffe daselbe bezeichnen! — Amtsvorsteher Schulz, gegen den geltend gemacht wurde, daß die Eide, in der er die Strafanzeige gegen Hillger betrieben, auf eine starke Animosität hindende, versichert nochmals, daß die Gefahr des Selbstmordes oder der Flucht bei Hillger vorlag. Uebrigens sei er in voller Uebereinstimmung mit dem Regierungsdirektor Wiegler vorgegangen. — Letzterer bestätigt dies. Er habe selbst im Auftrage seiner vorgelegten Behörde auf möglichste Verschleierung gedrängt. — Rechtsanwalt Dr. Löwenstein verweist nochmals auf das Ungewöhnliche des Verfahrens, einer Strafanzeige gleich eidesstattliche Versicherungen zur Bekräftigung beizulegen. Noch auffälliger sei es, daß auch eine solche vom Steuerbureauvorsteher Kiemer beigelegt worden sei, der doch amtlich mit der ganzen Sache nichts zu thun hatte. — Angekl. Hillger vermutet, daß der Polizeikommissar Mohr ihn feindselig gestimmt sei; er habe nämlich in seiner Schule zwei Jungen des Zeugen zu unterrichten gehabt, die recht faul gewesen seien. — Der Gendarmen-Bezirksmeister, der seiner Zeit bei Dr. Klein die Hausdurchsuchung nach den damals in Frage stehenden 6 Artikeln vorgenommen, hat diese Manuskripte nicht gefunden, wohl aber mehrere Briefe Hillgers an Dr. Klein.

Pfarrer Stolpe aus Groß-Richterfelde kennt den Angeklagten Hillger aus 6 Jahren amtlicher Verbindung mit ihm als Lokal-Schulinspektor. Er glaubt, daß der Angeklagte krankhaft gereizt sei und an einer krankhaften Einbildung, krankhaftem Ehrgeiz und Selbstüberschätzung leide. Von einer Gedächtniswache des Angeklagten, unter deren Einwirkung dieser vielleicht vergessen haben könnte, daß er Artikel für die „Groß-Richterfelder Zeitung“ geschrieben, hat Zeuge nichts wahrgenommen. Zu der „Richterfelder Zeitung“ sei einmal ein Artikel unter der Ueberschrift „Kanzeltreuer und Seelenforger“ erschienen, der sich gegen ihn, Zeugen, recht scharf richtete und ihm und seiner Frau anonym zugestellt worden sei. Er habe sofort gemutmaßt, daß Hillger der Verfasser sei, namentlich auch deshalb, weil er glaube, von dem Angeklagten wiederholt den ungewöhnlichen Ausdruck „Seelenforger“ (statt Seelenforger) gehört zu haben. Bei Uebernahme seines Amtes habe ihm sein Amtsvorgänger Prediger Stephan schon Vorhalt gegenüber dem Rektor Hillger erteilt. Er habe dann auch selbst die Erklärung gemacht, daß diesem nicht zu trauen, daß er unaufrichtig sei, ihn wiederholt belogen habe und daß er sich selbst und seinem vorgelegten Schwägeren mache. — Der Angeklagte Hillger bestreitet entschieden, mit dem zu Artikel in irgend welcher Verbindung zu stehen und beruft sich auf den Angeklagten Dr. Klein. Er behauptet auch, daß der Zeuge sich bezüglich der Anwendung des Ausdrucks „Seelenforger“ verhalten habe, denn er gebrauche nicht nur den Ausdruck „Seelenforger“. — Zeuge Stolpe giebt die Möglichkeit eines Irrtums zu, bleibt aber dabei, daß der Angeklagte sich ihm gegenüber mehrfach unwahrscheinlich gezeigt habe; wenn es dem Angeklagten darauf ankomme, einen bestimmten Zweck zu erreichen, ging die Phantasie mit ihm leicht durch. — Angeklagter Dr. Klein erklärt, nicht mehr zu wissen, von wem der fragliche Artikel herrührte und giebt die Möglichkeit seiner eignen Verfälschung zu. — Kreis-Schulinspektor Soche hat im Disziplinarverfahren den Angeklagten Hillger vernommen. Dieser habe jede Art Mitarbeiterchaft an der „Richterfelder Zeitung“ bestritten, dabei aber einen sehr ungünstigen, weil unsicheren, Eindruck gemacht. Bezüglich der Wahrheitsliebe des Angeklagten habe er, der Zeuge, sehr trübe Erfahrungen gemacht. Er habe seiner Behörde gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die unerkundlichen Zustände nicht früher aufhören würden, als bis der Angeklagte vertrieben sei. Letzteren halte er für einen unlästeren und klüchtigen Charakter. Unter andern habe er ausdrücklich bestritten, auch nur Leser der „Richterfelder Zeitung“ zu sein. — Angeklagter Hillger wehrt sich gegen den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit und es kommt darüber zu längeren Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Kreis-Schulinspektor Soche und Pfarrer Stolpe. Er behauptet unter andern Hipp und Hor, daß er am 2. Februar 1898 seines Amtes entbunden worden sei und am 3. Februar Pfarrer Stolpe, der die Amtssuspension ausgesprochen hat, ihm in seiner Wohnung einen Besuch gestattet und sein Verleiden ausgesprochen habe. — Pfarrer Stolpe bestritt diese Behauptung mit aller Bestimmtheit. — Ein Geschworener macht darauf aufmerksam, daß der Angeklagte (soeben in seinen Darlegungen ganz spontan den Ausdruck „Seelenforger“ (statt Seelenforger) gebraucht habe, den er nie angewendet behauptete. — Staatsanwalt Reis giebt dem Angeklagten den dringenden Rat, in seinem eignen Interesse seine bisherige Methode der Verteidigung aufzugeben. — Vorsitzender Landgerichtsrat Rodde: Angeklagter, wollen Sie nicht Ihr Herz erleichtern und ein Geständnis ablegen, daß Sie einen Meineid geleistet haben? — Angekl.: Nein, ich bin mit demselben abfolut nicht bewußt. — Gymnasialdirektor Dr. Hempel ist seit 20 Jahren in Groß-Richterfelde und kennt den Angeklagten

Hillger als einen recht intelligenten Mann. Bei der Vernehmung als Zeuge in der Sache wider Klein sei der Angeklagte sehr eingehend über seine publizistische Thätigkeit und seine Beziehungen zur „Richterf. Ztg.“ vernommen worden und zwar so ausführlich, daß auch nicht eine Mücke übrig blieb, durch die er hätte entschuldigen können, wenn der schwere Verdacht, der auf ihm lastete, berechtigt war. Rektor Hillger habe unter seinem Eide erklärt: er habe in keiner Beziehung mit dem Kleinschen Blatte irgend etwas zu thun. Auch gegen Direktor Dr. Hempel sind in der Richterfelder Zeitung verschiedene lässliche Angriffe gerichtet gewesen; die öffentliche Meinung habe diese dem Rektor Hillger zugeschrieben; er (Zeuge) habe sehr lange daran nicht zu glauben vermocht, zumal Rektor Hillger bei einer persönlichen Rücksprache jeden derartigen Verdacht von sich gewiesen habe. Er habe bei dieser Gelegenheit gesagt, daß er speziell den gegen den Bürgermeister gerichteten Angriffen fernstehe, daß vielmehr die Verfasser wahrscheinlich unter den Beamten des Bürgermeisters zu suchen seien. Der Zeuge hat ihm dann in seinem eignen Interesse nahe gelegt, angesichts des Verdachts, der auf ihm ruhe, auch den Schein sorgsam zu vermeiden und nicht mit Dr. Klein zu verkehren. Der Angeklagte Hillger habe dann mehrmals Auge in Auge, Mann gegen Mann feierlich erklärt, daß er ganz im allgemeinen keinerlei Mitarbeiterchaft für die „Richterf. Ztg.“ leiste. — Im Anschluß hieran wird Gymnasial-Oberlehrer Dr. Lehmann vernommen. Er ist seiner Zeit vom Direktor Hempel nach dessen Unterredung mit Hillger hinzugezogen worden, und letzterer hat ihm das wiederholt, was er dem Direktor Hempel gesagt hatte. Danach hat er in der denkbar blühendsten Form jede Mitarbeiterchaft an der Kleinschen Zeitung abgelehnt.

Nach weiteren Zeugenvernehmungen wird die Sitzung auf Dienstag vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Ober-Schöneeweide. Am Mittwoch, den 21. Mai, nachmittags 3-7 Uhr, findet die durch Verzug des Genossen John nötig gewordene Ersatzwahl zur Gemeindevertretung statt. Der hiesige sozialdemokratische Wahlverein hat als Kandidaten den Genossen Lagerhaller Grunow aufgestellt. Donnerstag, den 23. Mai, abends 8 Uhr, findet im Wilhelmshof eine öffentliche Gemeindewählerversammlung statt. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß die Sitzung am Mittwoch anläßt, dafür findet um 7 Uhr eine Flugblattverbreitung statt. Jedes Mitglied hat sich zu dieser Zeit bei den Bezirksführern im Restaurant Kaufholt einzufinden. — Desgleichen sei mitgeteilt, daß die für heut, Dienstag, angesetzte Gemeindevertretung in letzter Stunde abgelehnt ist.

Adlerhof. Die Mitglieder-Versammlungen des hiesigen Wahlvereins werden von nun an wieder in Adlerhof abgehalten. Es steht uns das Lokal von Weder, früher Stippelhof, Oppenstraße, zur Verfügung. Wir weisen auf die am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr dort stattfindende Versammlung hin, in welcher Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubel über Streit- und Zeitfragen aus dem Reichstage sprechen wird.

Schmargendorf. Dienstag, den 13. Mai, abends 8 1/2 Uhr, hält der sozialdemokratische Wahlverein bei Söhardt, Warnemündestr. 6, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Groß-Richterfelde-Lankow. Morgen Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Chausseestr. 103, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag, Diskussion, Vereinsangelegenheiten.

Sozialdemokratischer Wahlverein, Bezirk Pantow. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Vereinsversammlung bei Großkur, Poststr. 27. Tagesordnung: 1. Politischer Vortrag, Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Kommunales.

Lokales.

Eine neue sozialpolitische Großthat des Berliner Magistrats.

Seit Jahren erheben die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter die nicht unbilliche Forderung, ihnen für die schwere physische Arbeitsleistung einen kleinen Urlaub im Sommer zu gewähren. Wer da weiß, wie viel Schwelch der Gasanstalts-Arbeiter vor dem glühenden Ofen verliert, wie gesundheitschädlich für die Arbeiter der Kanalisation und der Wasserwerke das Arbeiten im Wasser, wie gefährlich für viele die Thätigkeit auf dem Schacht- und Viehbof ist, der wird ohne weiteres den Wunsch nach etwas Erholung gerechtfertigt finden. Einige Betriebsleitungen haben dies auch eingesehen und dem Magistrat dahingehende Vorschläge unterbreitet. Fast schon es auch so, als ob der Magistrat dieser Forderung ernstlich näher zu treten die Absicht habe. Wenigstens deutete die Wahl einer Kommission, welche diese Materie prüfen sollte, darauf hin. Ob und wie diese Kommission gearbeitet hat, entzieht sich der Verteilung. Kommt glaublich erscheint es uns aber, daß sie bei nur etwas billiger Berücksichtigung des von den städtischen Arbeitern Gewünschten zu einem Resultat gelangt sein sollte, wie es durch eine von dem Berliner Magistrat loben erlassene Verfügung zum Ausdruck gelangt:

Magistrat
J. No. 1330 V. L. OI. Berlin, 20. April 1902.
Von verschiedenen Verwaltungsstellen ist angeregt worden, eine allgemeine und gleichmäßige Ordnung der Urlaubsverteilung an Arbeiter und Handwerker zu erlassen.

Die große Verschiedenheit der Arbeitsverhältnisse in den einzelnen städtischen Betrieben gestattet aber den Erlass einer solchen generellen Ordnung nicht. Wir stellen deshalb den Deputationen und Kuratorien, in deren Bereich Arbeiter und Handwerker beschäftigt werden, anheim, soweit ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, die generelle Ermächtigung zur Urlaubsverteilung an Arbeiter und Handwerker unter Fortzahlung des Lohnes, bei uns zu beantragen.

Wir bemerken aber schon jetzt, daß die Vorbereitung eines solchen Urlaubs eine mindestens sechsjährige ununterbrochene Dienstzeit bei der Stadt sein muß.

An
sämtliche Deputationen, Kuratorien u. p.

Dieser neueste Gnadenakt ist ein Meisterrück juristischen Einflusses und giebt der Arbeitsleistung den weitesten Spielraum. Welche Organe mag da unser städtischer Bureaukratismus feiern in Bezug der willkürlichen Bewilligung oder Ablehnung eines Urlaubsgeldes. Abgesehen davon, daß es der Gerechtigkeit entsprechen würde, jedem der ständig beschäftigten Arbeiter eine Erholung zu gewähren, muß es dem Magistrat doch zum Bedenken Veranlassung geben, daß die städtischen Arbeiter die unwürdige Behandlung eines gewissermaßen nur Almosen-Empfängernden ablehnen und dafür feststehende und für alle Angestellte geltende Normen verlangen. Der für ihre Arbeitsleistung gezahlte Lohn ist wöchentlich nicht derart, daß sie die eventuelle Gewährung eines Urlaubs noch als eine — wenn auch nur platonische — Günstbezeugung aufzufassen Veranlassung hätten. Das hat wohl auch die Deputation der Kanalisationswerke eingesehen, indem sie im vorigen Jahre dem Magistratskollegium vorschlug, allen Arbeitern, Heizern usw., nach dreijähriger Dienstzeit vier Tage, für jedes weitere Jahr bis zu sieben Jahren einen Tag mehr, im Höchstbetrage also sieben Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen. Soweit Vertretung nicht möglich ist, sollen mehr Arbeitskräfte eingestellt werden.

Der Magistrat aber ist viel rüchständiger und steht immer noch auf dem Standpunkt, daß eine einheitliche Regelung derhalb nicht angänglich sei, weil man den Einzelverwaltungen der Betriebe nicht vorgreifen dürfe. Möge er sich mit andrer städtischer Verwaltungen in dieser Beziehung zum Vorbild nehmen:

So sagt der bekannte Oberbürgermeister Kämmlin in Stuttgart in seiner Denkschrift: „Es sei noch sehr zweifelhaft, was mehr Lob verdiene, wenn der freie, jeden Tag findbare Arbeiter 10 bis 20 Jahre der Stadt seine Arbeitskraft widme und treu diene, oder wenn dies ein von vornherein lebenslanglich angestellter Beamter thue, dem eine feste Pension gesichert ist.“

Stadtrat Dr. Winterer in Freiburg i. Br. fährt in der Begründung einer Vorlage, betreffend die Rechtsverhältnisse der städtischen Arbeiter, aus: „Ein innerer Grund, die beiden Verhältnisse (städtische Beamte und Arbeiter) nach vollständig verschiedenen Prinzipien zu behandeln, liegt nicht vor: Das Amt der verschiedenen städtischen Arbeiter in seinen zahlreichen Abstufungen mag nicht so wichtig und entscheidend sein, wie das der leitenden Beamten — aber notwendig ist es ebenfalls, und es unterliegt keinem Zweifel, daß von der psychischen Hingebung der Arbeiter dieses Standes das Wohlbefinden der Stadt auf den verschiedensten Gebieten mit bedingt wird.“

Diesen Überzeugungsgründen und einsichtsvollen Worten stelle man die Rücksichtslosigkeit gegenüber, die sich in Berlin bei jeder Gelegenheit der Arbeiterchaft gegenüber kundgiebt. Am Himmelswillen nichts thut, was uns den Anschein geben könnte, als ob wir in der Sozialpolitik von der fortschrittlichen Parole „immer langsam voran“ abweichen!

Der Mangel an kleinen Wohnungen, sagt eine aus dem Rathaus an die Presse versandte Notiz, scheint jetzt beseitigt zu sein. Das sei zu schließen aus der Frequenz der Familienabteilung des städtischen Obdach, die am 1. Mai dieses Jahres nur noch 66 Familien beherbergt habe, während am 1. Mai vorigen Jahres noch 140 Familien darin gewesen seien.

Der Eifer, mit dem hier zu beweisen versucht wird, daß die Wohnungsnot in Berlin bereits wieder vorüber sei, ist sehr verdächtig. Er entspricht aber ganz dem Standpunkt, den der Magistrat in seiner kürzlich von uns belächelten Wohnungs-vorlage einnimmt. Warum ist nicht im vorigen Jahre, als die Frequenz des Familienobdachs noch über doppelt so groß wie heute war, mit demselben Eifer vom Rathaus aus verbreitet worden, daß in Berlin ein Mangel an kleinen Wohnungen herrsche? Damals kämpe man hätte!

Die gegenwärtige Frequenz von 66 Familien erscheint nur deshalb als eine geringe, weil die Frequenz des vorigen und des vorvorigen Jahres so bedeutend über alles bisher Dagewesene hinausging. Thatsächlich ist die Obdachfrequenz auch jetzt noch eine außergewöhnlich große. Man wolle sich doch gefälligst daran erinnern, daß die Familienabteilung des städtischen Obdachs z. B. am 1. Mai 1899 nur 30 Familien, am 1. Mai 1898 nur 21 Familien und am 1. Mai 1897 sogar nur 11 Familien beherbergt! Gegenüber solchen Zahlen mag man es, zu behaupten, der Mangel des Familienobdachs „könne jetzt als normal bezeichnet werden“.

Dem Magistrat wäre allerdings sehr damit gebient, wenn der Eindruck erweckt würde, daß die städtische Verwaltung keinen Anlaß mehr habe, sich mit der Regelung des Wohnungswesens zu beschäftigen und durch irgend welche Maßnahmen eine Beeinflussung des Wohnungsmarktes zu versuchen. Volkends die Hausgealter der Stadtverordneten-Versammlung wünschen nichts sehnlicher, als daß die Wohnungsfrage der Berufung entgegengesetzt wird. Gerade sie wissen es am allerbesten, daß die Wohnungsnot in Berlin noch lange nicht beseitigt ist.

Mit ihnen wissen es auch alle diejenigen, die sich gegenwärtig auf der Suche nach einer kleinen Wohnung befinden. Gewiß, es stehen jetzt wieder mehr Wohnungen leer als im vorigen Jahre. Aber was da leer steht, das ist meist unverschämte teuer oder in miserablen Zustände. Wie weit das Angebot gesunder und billiger kleiner Wohnungen noch immer hinter der Nachfrage zurückbleibt, das lehrt die Thatsache, daß Neubauten, die erst zum 1. Oktober bezogen werden können, vielfach schon jetzt von oben bis unten vermietet sind.

In der Sitzung des Kuratoriums für das städtische Obdach, aus der wir am Sonntag eine vom Stadtverordneten Hoffmann zur Sprache gebrachte Angelegenheit bedenkllicher Art der öffentlichen Beurteilung unterbreiteten, kam auf Veranlassung meines Parteigenossen Augustin noch folgender Fall zur Erörterung:

Der Tischlergeselle W., so berichtet Augustin, war am 25. April d. J. von Berlin hierher zugewandert gekommen. Er hat in Stettin seine Familie, ist aber, da er arbeitslos war, zu Fuß nach Berlin gezogen, um sich hier Arbeit zu suchen. Er ging abends nach dem Hül und meldete sich am 26. morgens als Fußkranke, da er sich die Füße durchgelaufen hatte. W. erhielt einen Verband. Als er am nächsten Tage wieder das Hül aufsuchte und baden sollte, hat er nach seiner Angabe, ihm wegen des Fußleidens vom Baden zu dispensieren. Es gab einen Wortwechsel mit dem Wabemeister, worauf dieser auf ihn in einer Art und Weise einschlug, daß er, wie ein ärztliches Attest bescheinigt, geschwollene Blutunterlaufene Augen hatte. Er klagte in seiner Angst noch dem Aufnahmezimmer der nächtlichen Obdachlosen, wo ein Kriminalbeamter und ein städtischer Beamter anwesend waren. Auf die Frage, was er wolle, sagte W., daß er geschlagen wäre und bat um Schutz, worauf ihm entgegen wurde: „Wo, hier wird doch niemand geschlagen!“ Ein Beamter habe die Thür aufgemacht und dann gefragt: „Es ist ja niemand drinnen, wer soll Sie denn geschlagen haben? Gehen Sie nur hinaus!“

Als er wieder auf dem Korridor war, sah man, seiner Angabe nach, abermals auf ihn ein und prügelte ihn, bis er unter dem Thorweg war. Als er dann an der Gasseflast gestanden habe, hätten ihn Leute nach der Rettungswache gewiesen; von dort sei er zum Inspektor des Obdachs geschickt worden und schließlich habe man ihn zu dem Stadtverordneten Augustin gewiesen, der mit ihm zum Obdach gefahren sei, um die Sache festzustellen. Hier sei von den Angestellten behauptet worden, daß der Mann zuerst mit dem Stiefel auf den Wabemeister eingeschlagen habe, was ganz ungläublich sei. Als der Mann von der Rettungswache das erste Mal allein zum Inspektor wollte, habe man ihn vorn im Aufnahmezimmer gefaßt: „Wachen Sie, daß Sie hinaus kommen, sonst können Sie noch mehr bekommen!“ Das Schlimmste, so schließt Genosse Augustin seine Ausführungen, ist aber, daß von solchen haarsträubenden Dingen weder der Oberaufsicht noch der Inspektor etwas weiß; warum wird keine Meldung gemacht? Hier muß Wandel geschaffen werden.

Herr Inspektor Ulrich wies darauf hin, daß die Angestellten und Beamten die Beschuldigung bestritten. Genosse Hoffmann meinte, das sei wohl erklärlich; diese Beamten würden ganz selbstverständlich immer alles abstreiten, und wenn man solchen Beteuerungen immer unbedingten Glauben schenken wolle, werde nie etwas geändert werden. Nachdem sich Herr Inspektor Ulrich dagegen verwahrt hatte, daß er an solchen „unbewiesenen“ Vorgängen schuld trage, und der Herr Vorsitzende erklärt hatte, daß das Kuratorium über die Beschwerten noch nicht beschloffen habe, wurde auch diese Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Der Tischlergeselle B. aus Stettin, dem die mitgetheilten Dinge passiert sind, wird gebeten, sofort seinen jetzigen Aufenthalt bei den Stadtverordneten Augustin oder Hoffmann anzugeben.

Die Unterkommision des Ausschusses zur Beratung der Schäden des großen Unwetters vom 14. April er. beschäftigte sich am Montagabend unter dem Vorsitz des Stadtv. Pedenow und in Gegenwart des Stadtrats Dr. Münsterberg mit den Berichten der verschiedenen Bezirkskommisionen, die alle Entschädigungsansprüche geprüft haben. Ohne die größeren, die besonders geprüft werden sollen, sind von den aus Bezirksvorstehern, Armenkommissionen-Vorstehern, Vorständen der Steuererschätzungs-Kommisionen und sonstigen Vertrauensmännern bestehenden Kommissionen Schäden in Höhe von über 40000 M. festgestellt worden. Die Stadtverordneten-Unterkommision beschloß, dem Ausschuss vorzuschlagen, den genannten Betrag als vorläufige Kasse in Rechnung zu stellen. Mit Bewilligung des Magistrats soll dieser Betrag noch vor Pfingsten an die Ueberschwennten zur Auszahlung kommen.

Die Versicherungspflicht der Vorkiers. Zu der vielfach erörterten Frage der Versicherungspflicht der durch Gewährung freier Wohnung erscheidbarer Pflanzler, Hausreiniger usw. hat nunmehr das Reichs-Versicherungsamt in einer Reihe von Entscheidungen vom 1. April d. J. auf Grund des § 155 des Invalidenversicherungs-Gesetzes Stellung genommen. Es ist hierbei bei dem Grundsatze stehen geblieben, daß eine freie Wohnung, die über den Bedarf des Arbeitnehmers hinaus einen selbständigen Vermögenswert darstellt, die Versicherungspflicht begründet. Hierbei kann aber nicht nur das Bedürfnis der beschäftigten Person selbst in Betracht kommen, sondern auch das von Familienangehörigen (des Ehegatten, erwachsener Kinder), deren Erhaltung einen Teil und Ausfluß der eigenen Selbsterhaltungspflicht des erwerbenden Familienhauptes bildet. Für Berliner Verhältnisse wurde ein Mann als für das Wohnungsbedürfnis einer einzelnen Person ausreichend erachtet und demgemäß die Versicherungspflicht einer allein stehenden Hausreinigerin, der eine Wohnung von Stube und Küche eingeräumt war, bejaht, dagegen die eines verheirateten Pflanzlers, der ebenfalls zwei Räume inne hatte, verneint. Zu einem dritten Falle wurde die Versicherungspflicht einer Hausreinigerin, die Stube und Küche bewohnte, anerkannt, weil der mit ihr zusammenlebende Schwan zwar erwerbsunfähig, aber durch eine Unfallrente von 360 M. jährlich in den Stand gesetzt war, für seinen notwendigen Unterhalt selbst zu sorgen, mithin die Ehefrau versicherungsrechtlich als allein stehende Person zu behandeln war. Ferner hat das Reichs-Versicherungsamt entschieden, daß, falls die Wohnung nicht über den persönlichen Bedarf hinausgeht, die Versicherungspflicht auch dadurch nicht begründet wird, daß ein Teil des Mietzinses oder der ganze Mietzins gegen die in bestimmter Höhe festgesetzte Vergütung aufgerechnet wird. In dem betr. Fall hatte die Hausreinigerin von der 14 M. monatlich betragenden Miete für die ihr persönliche Bedürfnisse nicht übersteigende Wohnung 4 M. zu zahlen, während 10 M. als Entgelt für die Hausreinigung aufgerechnet wurden. Endlich wurde die Zahlung eines geringen Vorbetrages (hier 2 M. monatlich) neben Gewährung einer den Bedarf des Arbeitnehmers nicht übersteigenden Wohnung nicht für geeignet erklärt, die Versicherungspflicht zu begründen.

Stipendium für Gesehnde. Von Dr. jur. Schöpfer ist der Stadtgemeinde Berlin ein Kapital von 100000 M. zu dem Zwecke überwiesen worden, aus dem Rinderträgerinnen bedürftigen Personen Freistellen in den städtischen Heimstätten zu beschaffen. Personen, die eine Krankheit überstanden haben, können sich in der Reuen Friedrißstraße 9 II. unter Vorzeigung eines ärztlichen Attestes melden.

Der Druck des Gemeindeblattes. Der Stadtverordneten-Versammlung ist eine neue Vorlage wegen Uebertragung der Druckverhinderung des Gemeinde-Blattes und der damit in Verbindung stehenden Drucksachen zugegangen, nachdem die Stadtverordneten es abgelehnt hatten, der Firma W. Grebe als der minderbilligsten den Zuschlag zu erteilen. Bei der noch-maligen öffentlichen Ausschreibung war die Firma W. u. S. Löwenthal, die bisher schon diese Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt hat, die preiswürdigste. Sie hat den Zuschlag erhalten und müssen nun die Stadtverordneten ihre Zustimmung noch einmal erteilen.

Die städtischen Gaswerke haben beschlossen, mit dem Bau von Arbeiter-Wohnhäusern für 36 Familien in der Nähe der städtischen Gasanstalt V in Schmargendorf in der nächsten Zeit zu beginnen.

Der Anarchistenwahn. In polizeilichen Kreisen scheint man es immer noch für zweckmäßig zu halten, den paar Anarchisten in Berlin ein möglichst gefährliches Relief zu geben. Ueber die neueste Ordnungsbekanntmachung auf diesem Gebiet meldet man uns: Am Sonntagvormittag wollten die hiesigen Leser des Anarchistenblattes „Neues Leben“ wegen Wahl einer Prekommission eine Besprechung abhalten. Der Veranstalter der Besprechung hatte diese, um sicher zu gehen, bei der Polizei ordnungsmäßig als Versammlung angemeldet. Am Sonntag früh erhielt der Veranstalter einen eingeschriebenen Brief vom Polizeipräsidenten des Inhalts, „daß die Versammlung aus ordnungsmäßig und sicherheitspolizeilichen Gründen, gemäß § 10 Titel 17 Teil II des Allgemeinen Landrechts untersagt sei“. Das Lokal, in welchem die Besprechung abgehalten werden sollte, ist nur klein, so daß von einer Versammlung im größeren Umfange überhaupt keine Rede sein konnte. Es hatten sich auf Grund einer Annonce im „N. L.“ etwa 20-25 Personen eingefunden. Desto mehr Polizei war auf den Weimen. Wohl sechs oder mehr Geheimpolizisten der politischen Polizei und zwei uniformierte Schutzleute hielten bis zum Nachmittag getreulich Wacht vor dem Lokal.

Mütter, die genötigt sind, Kinder unter vier Jahren in fremde Pflege zu geben, werden von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, daß ihnen auf Zimmer 285 im zweiten Stock des Polizeipräsidiums an Wochentagen in den Vormittagsstunden Haltefrauen, die solche Kinder gegen Entgelt in Pflege nehmen wollen und dürfen, unentgeltlich nachgewiesen werden können. — Die Haltefrauen werden nach einer polizeilichen Bekanntmachung in ihrem eignen Interesse gut daran thun, von jeder Dame, die bei ihnen mit der Begründung vorpricht, sie sei eine der vom Polizeipräsidium zur Ueberwachung der Haltefrauen angestellten Aufsichtsdamen, sich die polizeiliche Legitimationskarte vorzeigen zu lassen, da es in letzter Zeit mehrmals vorgekommen ist, daß sich Frauen zu Unrecht als polizeiliche Aufsichtsdamen ausgegeben und auf Grund dieser falschen Angabe Zutritt zu den Wohnräumen von Haltefrauen gefunden und unbefugt Anordnungen in Bezug auf die Haltefrauen getroffen haben.

Gastwirtszünftler. „Gegen die Zunahme der automatischen Restaurants“ machen die Gastwirte mobil und begehrten diese Einrichtung, welche bereits in allen größeren Städten besteht und in Berlin immer mehr an Ausbreitung gewinnt, als „unlauteren Wettbewerb“, der den Gastwirtsstand schwer schädigt. Dies begründen sie mit dem Hinweis auf die geringere Qualität und Quantität des Gebotenen, die im Verein mit den geringeren Kosten, der Ersparnis an Personal, Miete usw. den automatischen Restaurants einen unerbittlich großen Verdienst sichern soll. Nach einer Berechnung werden z. B. an 100 belegten Automatenbröden nahezu 15 M. als Reingewinn verdient. Das ist um so schändlicher, als für 100 solcher Bröden bekanntlich nur zehn Mark eingenommen werden, der Brot- und Wurstlieferant also bares Geld zu seiner Ware zugehen muß. Die Gastwirte beabsichtigen an maßgebender Stelle vorstellig zu werden, daß der weiteren Ausbreitung der

Automatenrestaurants, auf Grund der Geldvermehrung der Geldvermehrung, Einhalt geboten und auf eine höhere Besteuerung der bestehenden Restaurants dieser Art Bedacht genommen wird.

Einen tödlichen Ausgang hat ein Unfall genommen, der am Mittwoch vergangener Woche dem Wildhauer Otto Boos aus der Waldemarstr. 70 bei der Heimkehr von der Arbeit zustieß. Der Mann fiel rücklings von der Treppe und mußte mit einem Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung in das Krankenhaus Bethanien gebracht werden. Hier ist er seinen Verletzungen erlegen.

Nach Verurteilung von 32000 Mark flüchtig geworden ist der Rentant des Konsumvereins der Arbeiter der Maschinenfabrik von Siemens u. Halske in der Franklinstr. 27-29 zu Charlottenburg, der 31 Jahre alte Schlosser Robert Mann. Das Geld wurde in den Räumen der Fabrikleitung aufbewahrt und von der Fabrik vergiñt. Was zu zahlen war, holte der Rentant kurz vor dem Monatstermin auf einen von ihm und zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichneten Auftrag ab, um es bis zur Verammlung des Vorstandes im Geldsind des Vereins, der seine Räume im Keller der Fabrik hat, niederzulegen. Am Sonnabendnachmittag um 4 Uhr waren an die Lieferanten 27200 M. zu zahlen. Mann, der an diesem Tage seinen Geburtstag feierte, holte sie um 8 Uhr auf die Kaution ab, ist so, als wenn er sie in das Geldsind des Vereins legte, und ging weg. Er muß gemerkt haben, daß zu vorsehern eine Revision seiner Buch- und Kassenführung geplant war, die er zu scheuen hatte. Als der Vorstand sich zur Auszahlung an die Lieferanten versammelte und Mann nicht antraf, schickte man zur Polizei und nach der Wohnung des Rentanten. Dieser war nicht zu Hause gewesen. Die Polizei fand eine alte Mietquittung, auf der Mann ein paar Abschiedsworte hinterlassen hatte. Sie lauteten: „Lebt wohl! Ich gebe Nachricht, wo ich bin; ich mußte; Ade.“ Jetzt hatte man die Gewißheit, daß er mit den 27200 M. durchgebrannt war, und die Polizei setzte sofort die Behörden aller Hofenstädte in Kenntnis. Die Revision ergab aber, daß der flüchtige bereits vorher 4800 M. veruntreut hatte. Mann ist seit drei Jahren verheiratet und Vater von zwei Kindern. Seiner Frau, die er ebenso wie seine Kinder mißhandelt, gab er monatlich nur 9 M. Wirtschaftsgeld. Was er darüber erwarb, brachte er durch.

Die Verzeihungsthat einer Mutter. Sonntagvormittag hat die am 8. Januar 1861 zu Amern, Kreis Woblan geborene Ehefrau Vertha des Sprengwagen-Aufladers Aug. Aust, am 5. Juni 1886 zu Arnshagen im Kreis Woblan geboren, zu Charlottenburg, Sophie Charlottenstraße 82 wohnhaft, in ihrer im Seitensügel parterre aus Stube und Küche bestehenden Wohnung erst ihrem 13-jährigen Töchterchen Lieschen und dann sich selbst mit einem Messer die Arterien durchgeschnitten. Nachdem der Mann sich früh nach seinem Dienst begeben hatte, schickte Frau Aust ihre 16-jährige Tochter Anna, die an Arnshagen, nach dem ca. 1000 Schritt entfernten, Potsdamerstr. 40 belegenen Salzlagergeschäft von Lehmann, um einzukaufen. Als das Mädchen zurückkam, wurde ihr nicht geöffnet, und sie schickte deshalb das Fenster auf. Es bot sich ihr ein graufiger Anblick dar. Die Mutter lag mit durchgeschnittenen Arterien, mit dem Tode ringend, neben dem Bett auf dem Fußboden. Ihr Schwesterchen lag mit klaffender Halswunde enseitelt im Bett. Die Ursache der That ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen.

Feuerbericht. Sonntagmittag wurde die Wehr nach der Buchholzerstraße 9 gerufen. Hier war beim Schmelzen einer Wohnstube ein größerer Zimmerbrand entstanden. Ein Schlafbursche wollte die Wangen vertilgen, war aber dabei nicht vorsichtig genug, denn nach seinem Weggehen geriet die Stubeneinrichtung in Brand, der von der in großer Stärke alarmierten Feuerwehr beseitigt werden mußte. In der vorhergehenden Nacht war in der Schönleinstraße 15 auf noch nicht ermittelte Weise in einer Bodenkammer Feuer ausgebrochen, das schnell um sich griff und auch den Dachstuhl in Mitleidenschaft zog. Die Wehr hatte hier längere Zeit aus einer Dampfheizleitung Wasser zu geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der Hauptstraße wurden Risten, Körbe, Gerstempel etc. eingeschleift. Sonntagnachmittag 2 Uhr hatte Plamser 62 ein Korb mit Wäsche Feuer gefangen. Kurz vorher gingen in der Elisenstr. 32 Gardinen, Möbel und Kleidungsstücke in Flammen auf, die indes in kurzer Zeit erlosch werden konnten. In der Arnshagenstr. 13 wurde vormittags ein Feuerverfall eingeschleift. Samstagabend 8 Uhr waren in der Oranienburgerstraße 58 Möbel in einer Wohnung in Brand geraten, während in der Köpenickerstr. 26 ein Schornsteinbrand beobachtet werden mußte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischenzeit noch Warmierungen von der Gerichstr. 85 und der Poltschadenstr. 58 zu verzeihen, die jedoch beide auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Orgelkonzert. Der Orgelvorstellung in der Marienkirche am Mittwoch den 14. Mai, mittags 12 Uhr, bietet ein interessantes Programm, das von Herrn Musikdirektor Otto Diehl, Frau Marie Kormalis, Fräulein Wilma Cnequis, Herrn Organistenmeister Leopold Hartmann und Herrn Schwefelmann angeführt wird. Der Eintritt ist frei.

Aus den Nachbarorten.

In Charlottenburg wurde in der gestern vorgenommenen Gemeinderats-Ergebniswahl in der II. Abtheilung der liberale Kandidat, der Architekt und Baumeister Mittag gegen den Kandidaten der Unpolitischen, Dr. med. Schmidt gewählt, der es auf 162 Stimmen brachte. Mittag erhielt 194 Stimmen.

Der Magistrat von Charlottenburg wird zur Angelegenheit der Verbreiterung der Biernardstraße zwischen Arnie und Schloßstraße bei der Stadtverordneten-Versammlung den Antrag stellen, zur Verbreiterung der Kosten entweder eine schwebende Schuld oder eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen Mark aufzunehmen.

Mutterliebe! Die 35 Jahre alte Gattin des Kaufmanns Otto G. aus Groß-Lichterfelde lag mit diesem in Ehescheidung. Am 5. d. M. war die 18-jährige Ehe, welcher ein Knabe im Alter von 9 Jahren und eine Tochter im Alter von 12 Jahren entsprungen waren, durch richterlichen Spruch geschieden und bestimmt worden, daß beide Kinder dem Vater verbleiben sollten. Frau G. hing mit großer Liebe an ihren Kindern. Am vorgestrigen Sonntagmittag sollte sie dieselben zum letztenmal sehen. Unmittelbar nachher brachte sich die geschiedene Frau in ihrer Verzweiflung zwei Revolverkugeln in die linke Brust bei. Schwer verletzt wurde sie in das Kreis-Krankenhaus Groß-Lichterfelde gebracht. Dort hat man einige Hoffnung, die unglückliche am Leben zu erhalten.

Agrarier in der Romme. Aus Spandau wird uns geschrieben: Einen heftigen Vorstoß gegen die hier vom 1. April dieses Jahres ab neu eingeführte Grundwertsteuer unternahmen in der letzten Stadtverordneten-Sitzung einige landwirthschaftliche Stadträte. Die Einführung der Grundwertsteuer wurde seiner Zeit mit erdrückender Majorität, gegen nur 5 Stimmen, beschlossen, und zwar sollte sie im wesentlichen eine gerechtere Heranziehung des zu Spekulationen zu machen dienenden und bebauten Grund und Bodens ermöglichen. Eine Maßnahme, die im gegenwärtigen Moment, wo durch die in sichere Aussicht gestellte Entseignung Spandaus die Grundstückspreise, namentlich im 1. und 2. Mahon, enorm in die Höhe schnellen, doppelte Notwendigkeit ist. Die Grundwertsteuer ermöglicht es auch, daß die kommunalen Zuschläge zur Staats- und Gemeindesteuer, die im Vorjahre 200 Proz. betragen, auf 185 Proz. herabgesetzt werden können. Die Herren Grundbesitzer nun, welche bisher gewohnt gewesen waren, von ihren unbebauten Grundstücken lächerlich geringe Steuern zu entrichten, sind durch die neue Steuer geradezu revolutionär gestimmt worden. Zu ihrem Vorführer machte sich dann der Vespiger zahlreicher Spekulationsgrundbesitzer, Stadtv. Reinecke. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung brachte er einen Dringlichkeitsantrag ein: „Weilgehende Rücksicht bei der Einziehung der Steuern gegen die Herren Grundbesitzer walten zu lassen und eine neue Kontrollkommission niederzusetzen“. Er begründete diesen Antrag wie folgt: Einige der so hart besteuerten Grundbesitzer tragen sich mit „Selbstmordgedanken“, die „Grundwert-Steuer sei das reine Raubsystem“, ein System, um die Leute zu ruinieren, was der Sohn vom

Vater ererbt, und was dieser sich verdient, würde ihm hier abgepreßt“, wenn dem Stadtrat A., dem ersten Befürworter der Grundwert-Steuer, ein Denkmal gesetzt werden sollte, dann würde es sicher schon eine Stunde nach der Entschädigung mit dem gemeinsten Schmutz besudelt sein“. Die Kommission, welche die Einschätzung vorgenommen, sei sich der Tragweite ihrer Handlungen nicht bewußt gewesen“. In dieser Tonart begründete der Stadtvater seinen Antrag, ohne ein einziges Mal vom Vorkieher in die Schranken gewiesen zu werden. Erst nachdem Herr A. geendet, nahm der Vorkieher die Kommission gegenüber den Vorwürfen des Redners recht zart in Schutz. Von seiner Seite wurden die Reineckeschen Ausführungen in das gebührende Licht gerückt; dem Herrn wurde auch eine Belehrung darüber zu Teil, daß die Steigerung der Grundrente nicht etwa dem Vespiger eines Grundstücks, sondern vielmehr dem Zusammenwirken der gesamten Bevölkerung einer Gemeinde zugunsten ist, und daß mit der Grundwertsteuer gerade bestritten werden solle, daß die Grundstückspekulation bei der bevorstehenden Entseignung wahrer Miesenprofite ungeschmäkelt in die Tasche stecke. Im übrigen verteidigte unser Redner allein und grundtätig die Grundwertsteuer. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Reinecke und Genossen angenommen!

Des ferneren wurde die Wahl des Stadtv. Schmidt (Soz.), der kürzlich in der Erstagwahl gewählt worden ist, für gültig erklärt.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle. Auf dem Bahnhof in Hattlingen entgleiste der Personenzug vierter Klasse eines abfahrenden Personenzuges. Fünf Personen erlitten leichte Verletzungen. Das Unglück ist durch die Dampfmaschine entstanden; sie hatte den Zug in Bewegung gesetzt, bevor die Vordermaschine zur Abfahrt fertig war.

Ueber den Eisenbahnunfall in Zürich wird noch gemeldet: Der Schnellzug Zürich-München hatte ungefähr dreißig Passagiere. Bei der Entgleisung bohrte sich die Lokomotive tief in das Geleise des Bahndammes. Die vordere Hälfte eines Waggons dritter Klasse, in dem sich zwei Damen und ein Herr befanden, wurde fast völlig zertrümmert. Insgesamt wurden bei dem Unfall vier Personen verletzt.

Uebrigens hatte auch der kaiserliche Hofzug, wie nachträglich bekannt wird, mit der Fahrt nach Straßburg i. E. unweit Schiffsstadt einen wenn auch unbedeutenden Unfall zu verzeichnen und mußte auf offener Straße halten. Wie veranlaßt, soll die Bremsvorrichtung verlag haben. Die Bremsscheibe sollen schon bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Schiffsstadt so fest gefahren sein, daß die Räder schleift. Nachdem dem Schaden abgeholfen, setzte der aus 6 Waggons bestehende und von zwei Maschinen gezogene Hofzug nach einem Aufenthalt von nur wenigen Minuten die Weiterfahrt fort. Der Kaiser hatte von dem Vorfall nichts bemerkt.

Ein geradezu grauenerregender Fall hat sich am Himmelfahrtstag zugetragen. Bei der Zuckerfabrik in Proben wurde der 48-jährige Bremser Franz Tifala aus Gleiwitz von einem Güterzuge überfahren. Dem Unglücklichen wurde ein Bein, der linke Arm und drei Finger der rechten Hand abgequetscht. Der Verunglückte, der nicht einen Augenblick das Bewußtsein verlor, verhielt sich mit aller Kraftanstrengung sich von der Stelle wegzuschleppen. Er vermochte aber nicht vor übergroßer Schwäche sich auch nur von der Stelle zu rühren. Er mußte liegen bleiben und hatte noch fünfmal die entsetzlichen Todesqualen auszustehen, denn die fünf nachfolgenden Güterzüge fuhrn noch über ihn hinweg. Höchst merkwürdigerweise ohne daß ihn noch einer derselben verletzt hätte. Endlich nach drei qualvollen Stunden wurde er aufgefunden.

Ein schwerer Unglücksfall, bei dem fünf Kinder und ein Erwachsener verunglückten, ereignete sich bei dem Bahnhofspfad Hammerbrook bei Hamburg. Dort raste ein schweres, geborenes Pferd in die Menschenmenge hinein, die den Zug des „Vereins geborener Hamburger“ begleitete. Es entstand eine unbeschreibliche Verwirrung. Ein großes Unglück war geschehen. Ueber und über mit Blut bedeckt lagen sechs Personen an der Erde, deren Wimmern und Stöhnen das wilde Gewirr, das entstanden war, verhallend. Der 6-jährige Billy Klatt und der 8-jährige Ludwig Stavenow wurden sehr schwer verletzt. An ihrem Aufkommen wird gezwweifelt. Stavenow, der einen Schädelbruch erlitt, soll nach einer neueren Meldung bereits gestorben sein. Kinder schwer verletzt sind der 10-jährige Ernst Lüders, der 10-jährige Adolf Hinrichs, der 4-jährige Ernst Krause und der Hafenarbeiter Wilhelm Heße.

Luftballon-Unglück. Aus Paris wird telegraphiert: Der dem brasilianischen Deputierten Sebero gehörige lenkbare Luftballon „Ray“, welcher heute früh aufgestiegen war, explodierte über der Erde der Rue de la Galie und der Avenue du Maine. Die beiden Insassen sandten ihren Tod. Die Insassen waren Sebero selbst und der Erbauer des Ballons, der Ingenieur LaCambre. Eine beträchtliche Volksmenge hatte dem Aufstieg im Parc Daugrand beigewohnt und folgte den Bewegungen des Ballons. Anfangs ging alles gut, nur schien die Lenkung einiges zu wünschen übrig zu lassen, da der hintere Propeller sich nur mit Schwierigkeit bewegte, wodurch der Ballon öfter stillstand. Als der Ballon sich in einer Höhe von 450 Metern über der Avenue Maine befand, erhob sich ein leichter Wind. Infolgedessen drehte sich der Ballon um sich selbst im Kreise herum. Plötzlich schlug aus der Mitte desselben eine Flamme hervor, eine fürchterliche Explosion erfolgte und der brennende Ballon fiel mit einer ungeheuren Schnelligkeit zur Erde, wobei er ein Haus und mehrere Luftschiffer zu Hilfe zu eilen, beide hatten jedoch bei dem Sturze entsetzliche Verletzungen und Brandwunden erlitten und waren bereits tot. Nach Ansicht eines Arbeiters, welcher bei der Herbeiführung des Luftballons zugegen war, soll der Unfall auf die Explosion des Petroleumreservoirs zurückzuführen sein, andre meinen, daß Wasserstoffgas aus dem Ballon entwichen sei. Eine eingehende Untersuchung ist im Gange.

Ein fürchterliches Feuerbrunst wüthete, wie der „Schles. Volksztg.“ von der schlesisch-russischen Grenze gemeldet wird, in der Grenzstadt Saloczek. Gegen dreihundert Befestigungen sind völlig abgebrannt, der größte Teil der Stadt ist vernichtet, das Elend ist unbeschreiblich. Viertausend Personen sind obdachlos und kompiren, notdürftig gekleidet und hungrig, auf freiem Felde. Eine Diebstahls- und fünfzehn Kinder sind verbrannt. Als das Feuer andrang, befanden sich die Erwachsenen in der Kirche und nur Kinder waren in den Häusern zurückgeblieben. Bei den Rettungsarbeiten haben viele Personen Brandwunden erlitten. — Auch im russischen Neben Ortlichy im Kreise Wilkomir hat eine Feuerbrunst 160 Häuser eingeschleift.

Vom Ischortaner Eisenbahnunglück. Wie gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft zu Halle die eingeleitete Untersuchung über die Ursachen des großen Eisenbahnunglücks eingeleitet. Die Untersuchung hat ergeben, daß ein Versehen das Personal und die Eisenbahnbefehrer nicht trifft. Der gegenwärtige Zustand der im Leipziger Krankenbause untergebrachten Schwerverletzten ist andauernd sehr zufriedenstellend.

Schriften-Gingang.

Des v. Tolstoi. Meins Bericht, Leipzig 1902. Eugen Diederichs, Preis 1 M.
Des v. Tolstoi. Mein Glaube, Leipzig 1902. Eugen Diederichs, Preis 2 1/2 M.
Hygienische Baudereien. Heft I. Baudereien und der Kinderkufe, Baudereien an Stadt und Land. Heft II. Baudereien an Haus und Hof, Berlin 1902. Verlag: Das Rote Kreuz, Preis jedes Heftes 75 Pf.
Verlag von Max Bading in Berlin